

Schlesische Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnement: Einzelnummer 20 Pf. Durch den Postweg 1.00 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat. Vertriebsstelle: Sozialistischer Verlag z. B. m. b. H., Berlin. Postfach-Nr. 1037.

Freitag, den 24. Juni 1921

Abonnement: Die Schlesische Arbeiterzeitung oben dem Raum 20 Pf. wöchentlich, 6.10 Mk. für den Monat und Wohnungszulage, Familienabnahme, Besondere und Besondere 6.10 Mk. Vertriebsstelle: Die Schlesische Arbeiterzeitung oben dem Raum 20 Pf. wöchentlich, 6.10 Mk. für den Monat und Wohnungszulage, Familienabnahme, Besondere und Besondere 6.10 Mk.

Die Vorbereitung des 3. Weltkongresses.

Am 10. Juni 1921 beschäftigte sich das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale in einer Sitzung mit den Vorbereitungen des Kongresses. Es wurden hierbei folgende Fragen besprochen: 1. Zusammenfassung der Exekutive während des Kongresses. 2. Mandatsprüfungskommission. 3. Thesen. 4. Tagesordnung des Kongresses. 5. Die Sprachenfrage während des Kongresses. 6. Berichterstatter. 7. Verteilung und Modus der Abstimmung. 8. Tagesordnung und Reglements. 9. Geschäftsordnung. 10. Vertretung der Exekutive auf der Frauenkonferenz. 11. Zusammenfassung des Präsidiums des Kongresses.

Genosse Sinowjew beantragte, die Exekutive während des Kongresses zu vergrößern, entsprechend der Größe der verschiedenen Parteien.

Die Mandatsprüfungskommission wird um einige Genossen erweitert.

Ueber die Frage der Thesen referiert Genosse Kadel. Er schlägt die Wahl folgender Kommissionen vor:

1. Die Kommission, welche die Thesen zum Bericht der Exekutive auszuarbeiten soll.
2. Zur Frage der Taktik, Uebergangsforderungen, Teilkämpfe und Taktik der kommunistischen Internationale, der Uebergangszeit zum direkten Kampf um die Macht, außerdem Thesen zur Frage des Verhältnisses zwischen der kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschafts-Internationale.
3. Gewerkschaftskommission.
4. Thesen über die Fragen des Organisationsaufbaues der einzelnen Länder und Aufbau der Exekutive. Außerdem wird noch eine Kommission über die Frage im ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht über die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage und deren allgemeine Bewertung zu wählen sein. Kommissionen werden alle Vorarbeiten zum Kongress eventuell von den Delegationen Zusatzthesen anfordern und zu erstatten haben.

Die Tagesordnung schlägt das kleine Büro des Exekutivkomitees. Die Frage der Konsumgenossenschaften und Arbeitergenossenschaften hinzu zu fügen. Außerdem wünscht die Partei die innere und äußere Lage der Sowjetunion zu behandeln.

Ueber die organisatorischen Fragen der einzelnen Parteien berichten die zehn örtlichen Berichterstatter mit einer beherzten Rede von 15 bis 20 Minuten. Es werden Deutschland, Frankreich, England, Amerika, Bulgarien, Norwegen, Italien, Polen und die Tschechoslowakei ihre Berichte erstatten, über die dann in einem zusammenfassenden Bericht referiert werden soll. Genosse Bela Kun wird über den Aufbau der Organisationen der einzelnen Länder und Genosse Koenen über den Aufbau der internationalen Organisationen sprechen. Die Gewerkschaftsfrage soll Genosse Sinowjew zusammenfassend mit Beispielen behandeln. Die Orientfrage wird genau so behandelt werden, wie die Berichte der einzelnen Parteien. Genosse Koenen und Genosse Kadel werden den zusammenfassenden Bericht abgeben. Die Frage der Konsumgenossenschaften behandelt der russische Genosse Chentichuk und ein deutscher Genosse. Die Genossinnen und die Jugendlichen sollen ihre Referenten über die Frauen- und Jugendfrage selbst bestreiten.

Die Vertreter der KPD wünschen, daß in der Frage der Taktik und in der Gewerkschaftsfrage Korreferenten aus ihren Reihen zugelassen werden. Genosse Kadel tritt dem entgegen, indem er unter dem Beifall der Versammelten darauf hinweist, daß die KPD in allen, die Internationale betreffenden Fragen eine Separatmeinung vertritt. Redner weist auf die Broschüren der KPD hin, welche von den Niederlagen der Weltrevolution und der Dummheit der Exekutive sprechen. Auch eine Gruppe anderer Genossen wird diese Tendenzen vertreten und wir können deshalb für die KPD kein Privileg schaffen. Es werden für alle behandelnden Fragen Korreferenten gestellt und selbstverständlich kann auch die KPD zu allen Fragen Stellung nehmen, um ihre Weisheit in Bezug auf ihre revolutionären Theorien dem Kongress bekanntzugeben.

Ueber die Frage der Kongresssprachen schlägt Genosse Sinowjew vor, wegen Zeitmangel nur die deutsche und französische Sprache als obligatorische Kongresssprachen zuzulassen. Ebenso wird die Frage über die Art der Abstimmung und die Geschäftsordnung bis zur nächsten Sitzung der Exekutive zurückgestellt.

Ueber die Frage der Zusammenfassung des Präsidiums entsteht eine längere Debatte. Es wird beschlossen, fünf Genossen, aus der russischen, deutschen, bulgarischen, italienischen und französischen Partei in das Präsidium zu berufen. Die betreffenden Delegationen sollen ihre Delegierten zum Präsidium bestimmen und die Liste der Exekutive vorlegen.

In einer späteren Exekutivsession wurde die Präsidiumsfrage dahin erledigt, daß auf Antrag des Genossen Fröhlich Sinowjew, Kurland, zum Präsidenten, zu Stellvertretern: Koenen, Deutschland; Portol, Frankreich; Galovaa, Bulgarien; Genovari, Italien, dem Kongress in Vorschlag gebracht werden. Es wird hierauf eine Resolution angenommen, die die russische Fraktion auf Antrag der

Verteilung des Genossen Brandler

verfaßt hat und die sich auf ein Berliner Radio stützt, in dem der Exekutive die Verteilung des Genossen Brandler mitgeteilt und in dem gesagt wird:

„Brandler machte in seiner Verteidigungsrede keinerlei Konfession und keine Verteidigung machte es den Richtern unmöglich, ein milderes Urteil zu fällen.“

Die Resolution der Exekutive hat folgenden Wortlaut:

„Das deutsche Proletariat!“

Die Exekutive der kommunistischen Internationale bekräftigt ihre unerschütterliche Solidarität dem letzten Führer der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Genossen Heinrich Brandler.

Die KPD zum Wohnungselend.

(Aus der Reichstagsdebatte vom 21. Juni.)

Abgeordneter Heydemann (KPD): Genau so wie die Betreibungsfrage nur eine Kulisse für die hemmungslose Ausbeutung des Proletariats darstellt, so ist auch das Reichsmietengesetz nichts anderes als eine Kulisse zur Verdeckung des furchtbaren Wohnungselendes in Deutschland. Für das Proletariat hat eine Wohnungsnot dauernd bestanden. Jetzt aber, ist sie durch den verbrecherischen Krieg so ungeheuer verschärft worden, daß die Zahl der Opfer infolge dieses Wohnungselendes, die Zahl der Opfer des Kriegsmordens bereits übersteigt. Für die große Mehrheit des Proletariats ist der „deutsche Herd“ ein Herd der Tuberkulose, der ungeheuren Kindersterblichkeit. Diese Steuer, diese Wohnungsabgabe, die

das Muster einer ungerechten Steuer.

ist als eine soziale hinzustellen, das haben wir nicht für möglich gehalten. Ohne jede Rücksicht auf die persönliche Leistungsfähigkeit wird hier vom Vermögen der Armen genau so genommen, wie von jedem anderen. Rechtssozialisten, die angeblichen Gegner jeder indirekten Steuer, sind die Väter dieses Gesetzes.

Ich hoffe, daß endlich einmal wenigstens für die Forderungen, die alle Proletarier geeint aufgestellt haben, die der Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften in der Wohnungsfrage aufgestellt hat, die KPD, tatkräftig bereit ist, in dem Kampf einzutreten, wie sie es hier gesagt hat. Denn diese Regierung denkt nicht daran, für die Arbeiter irgendetwas auch in der Wohnungsfrage zu tun.

Sind diese Zustände notwendig? Die Arbeitskräfte sind da. 60 000 Bauarbeiter sind wohnungslos, tausende von Lehrern wohnungslos. Die Rohstoffe sind da, die Schiffe sind da, und die hunderttausende von Spielklubs in Berlin bekommen so viel Räume, wie

sie haben wollen. Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist bei den Kindern, die in den Proletarierbehäufungen leben, um ein Vielfaches größer, als bei der bestehenden Klasse.

Die 1 1/2 Millionen Wohnungen, die fehlen, werden durch diese Vorlage in keiner Weise gebaut werden können. Schon ist hier die Gefahr angebahnt worden, daß die Zugsbauten jetzt wieder zurückgenommen werden könnten. Obwohl in Ostpreußen tausende von Häusern noch zerstört sind, ist es jedem, der in der Lage ist es zu bezahlen, heute freigegeben, zu bauen, was er für sich haben will. Für diejenigen, die ihre ergaunerten Millionen irgendwo unterbringen wollen, und beim Bauen auf die Staatszuschüsse verzichten, ist jede Rationierung, jede Zwangswirtschaft vollständig aufgehoben.

Die vorliegenden Gesetze sind nichts als die ersten Etappen dafür, daß das Volk ohne alle Bindung auch auf diesem Gebiete vollständig der schonungslosen Ausbeutung preisgegeben werden soll.

Wir fordern ein Reichswohnungs- und ein Reichswohnungsbaugesetz. Wir verlangen die Sozialisierung der gesamten Baumaterialindustrie, die Sozialisierung des gesamten Grund und Bodens, eine strenge Rationierung der vorhandenen Wohnungen. Es geht nicht an, daß immer noch Laufende sich in großen Bitter und Bitterkeiten breitmachen, während ein gewaltiger Teil der Arbeitenden ganz ohne Wohnung ist.

Trotz allen Elendes ist heute doch in Rußland die Wohnungsfrage so gelöst, daß das heranwachsende Geschlecht nicht dazu verurteilt ist, in elenden Wohnungen dem Tode, dem frühzeitigen Welken zu verfallen, wie hier. Wir wissen, daß wir diese Forderungen nur im Kampfe durchsetzen werden, daß wir das Wohnungselend nur zusammen mit der Herrschaft des Kapitalismus beseitigen werden. (Lebhafte Beifall bei der KPD.)

nossen Heinrich Brandler, den ein Ausnahmeericht der Ober-Republik fassen zu fünf Jahren Festung verurteilt hat, sowie den Hunderten kühnen Kämpfern der Märztag, die die weiße Justiz, die den Führern des Kampfbundes und den infamen Mordeltdörfern an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogisches usw. kein Haar gekrümmt, ja sie öffentlich und geheim gedacht hat. Die Exekutive erklärt vor der deutschen und internationalen Arbeiterklasse, daß die volle Verantwortung für diese schändlichen Mordthaten der Kontrevolution auf die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführerschaft beider Richtungen fällt, die während der Märzrevolution auf die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführerschaft den Sozialdemokraten haben und ohne deren aktive Mitwirkung oder Duldung der Mordthaten der Kontrevolution gegen die Märzrevolution nicht einen Tag möglich wäre. Die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführung tragen heute als Mitglieder der Reichsregierung nicht nur die tatsächliche, sondern ebensowohl die volle formelle Verantwortung für alle diese Akte der weißen Justiz.

Die Exekutive fordert die unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter auf, zu wählen zwischen den Helfern und Helfern der weißen Justiz und denen, die ihr Leben einsetzt haben zum Schutze der Arbeiterschaft vor kontrevolutionärer Gewalt, die hilft der Gewalt der Kontrevolution die Gewalt der Revolution entgegenzustellen.

Moskau, den 7. Juni 1921.

Die Exekutive der kommunistischen Internationale.

Ueber die tschechoslowakische Frage

werden zwei Berichte gegeben, einer von der tschechischen und einer von der deutschen Partei.

Der Sprecher der tschechischen Partei, Genosse Burian, gibt einen Bericht über die Ursachen der bedauerlichen Vorkommnisse innerhalb der tschechoslowakischen Partei und stellt den Antrag auf Einziehung in die 3. kommunistische Internationale. Der Vertreter der deutschen Abteilung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei hält eine äußerst scharfe Abrechnung mit den opportunistischen Elementen in der tschechischen Abteilung und brandmarkt vor allen Dingen das Verhalten des Genossen Smeral zu der Frage der Märzaktion, die den notwendigen Ausschluß der Rehakturen Leo und Kernansky verhindert hat. Trotzdem polemisiert er nicht gegen die Aufnahme der tschechischen Partei. Wenn die Aufnahme spricht die Salkuna ihrer Führer, für die Aufnahme die gute kommunistische Gesinnung großer Massen des tschechischen Proletariats.

In einer späteren Sitzung beschloß die Exekutive die Aufnahme der tschechischen kommunistischen Partei.

Politische Uebersicht.

Profit über Arbeiterwohlfahrt!

Reichstagsdebatte, Mittwoch, 22. Juni.

Als Antwort auf eine durch das Zentrum eingebrachte Interpellation über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis erklärt der Reichsarbeitsminister Dr. Braun, daß die Regierung erst Anfang nächster Woche die Interpellation beantworten werde. Ein Antrag der Unabhängigen fordert die sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission. Die Sozialdemokraten verlangen, daß bei der Untersuchung auch Bergarbeiter hinzugezogen werden.

In der Beratung des Gesetzes über den Waffengebrauch der Grenzbeamten sprechen sich die Vertreter der Arbeiterparteien vergebens gegen die Annahme des Gesetzes aus, das die Ordnung, wie sie im Fall Südtirol beengend, morden, Vorkauf leistet. Die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen, die die Einschränkung des Waffengebrauches der Grenzbeamten bezwecken, werden gegen die Stimmen der Arbeiterparteien abgelehnt, und das Gesetz in der alten Fassung angenommen.

Ein Gesetz über den Staatsgerichtshof wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge, die von Arbeiterparteien kamen, angenommen.

Dann folgt Beratung eines Antrages der Unabhängigen, der die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus Mitgliedern des Reichstages zur Aufklärung des Unglücks auf der Zeche Mont Cenis fordert. Die Vertreter der Arbeiterparteien erklären sich dabei gegen die Hinzuziehung von Vertretern der Bergbehörde zu dieser Untersuchung, da sie für die Zustände in den Gruben verantwortlich sind. Die Vertreter des Betriebsrates müssen hinzugezogen werden.

So lange die Untersuchung nicht abgeschlossen ist, sind die Bergbaubehörden als die Schuldigen anzusehen.

Abg. Hue (Soz.) führt aus, daß die Betriebsräte jetzt überhaupt keinen Einfluß gegenüber den Bergbaubehörden haben und die bisherigen amtlichen Berichte der preussischen Regierung über frühere Unglücksfälle meistens irreführend waren.

Die Vertreter der Demokraten und des Zentrums sprechen sich gegen die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus, wobei der Abg. Imbusch (Ztr.) die Betriebsräte in scharfer Weise angreift und auch jetzt eine kommunistische Mehrheit entfalten will durch den Hinweis darauf, daß an dem Unglücksort Kommunisten im Betriebsrat waren. Der Vizekanzler Bauer spricht sich ebenfalls gegen die sofortige Einsetzung des Untersuchungsausschusses aus, da die Regierung noch nicht Stellung zu dem Antrage genommen habe. Abg. Braß (Komm.) besteht in scharfer Weise auf der sofortigen Einsetzung des Untersuchungsausschusses und weist darauf hin, daß das Sträuben gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nur deswegen erfolge, weil die Bürgerlichen mit Recht befürchten, die Schuld der Bergbaubehörden und besonders des Kapitals könnte festgestellt werden.

Die bürgerlichen Parteien versuchen durch einen Vertagungsantrag die sofortige Einsetzung des Untersuchungsausschusses zu sabotieren. Abg. Genet (Komm.) weist nach, wie dieser Antrag der Bürgerlichen einen Bruch der Verfassung bezweckt, da verfassungsmäßig die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses garantiert ist, sobald ein Fünftel des Hauses sich dafür erklärt — sonst könnte die Mehrheit des Hauses durch fortlaufende Vertagung der Debatte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses überhaupt verhindern. Während die Unabhängigen denselben Standpunkt vertreten, bringen die Sozialdemokraten einen Kompromißantrag ein. Da aber inzwischen der Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses von allen drei Fraktionen der Arbeiterparteien unterschrieben eingebracht worden ist, ist die Einsetzung des Ausschusses somit beschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr.

Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages versuchte Prof. Kahl (D. Sp.) seinen Antrag gegen renitente Parlamentariermitglieder eiligst zu erzwingen, unterstützt vom Demokraten Brodau, der auch die Freilassung von Thomas, Bager, betämpfte.

Genosse Geier leitete ihm gründlich beim und mußte keinen reaktionären Forderungen einräumen und seinen Antrag auf die nächste Beratung zurückziehen.

Die Lage in Oberschlesien hat sich verschärft

Der Widerstand des deutschen Selbstschutzes. Anmarsch neuer deutscher Streitkräfte. — Monarchistische Offiziere als „Heimattreue“.

Die Gefahr, die der deutsche Selbstschutz in Oberschlesien für das Wohl und die Zukunft des werktätigen deutschen Volkes bedeutet, beginnt immer weitere Kreise zu ziehen. Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die in Oberschlesien versammelten Orgeschleute ganz andere Ziele verfolgen, als die „bedrohte Heimat“ zu schützen.

Der deutsche Selbstschutz in Oberschlesien bedeutet nichts anderes als der Aufmarsch der Gegenrevolution. Von hier aus will die Reaktion gegen Berlin ziehen. Von hier aus soll der zweite Kapp-Putsch seinen Anfang nehmen.

Nur die schlesischen Sozialdemokraten in führenden Stellungen sind noch immer so naiv, in diesen Selbstschutzeinheiten, die nicht allein aus Bayern, sondern auch aus anderen erzkonservativen Gegenden Deutschlands gekommen sind, einen „verfassungstreuen Heimatschutz“ zu sehen.

Wie diese deutschen Insurgenten, denn etwas anderes sind diese Orgeschjünglinge nicht, ihre Aufgabe, die „Heimat“ zu schützen, auffassen, beweisen die neuesten Meldungen aus Oberschlesien.

Unter diesem deutschen Selbstschutz, dessen Stärke, wie General Hoefler selbst zugegeben hat, die in Oberschlesien liegenden Ententetruppen übertrifft, befindet sich so ziemlich alles, was in der deutschen Ebert-Republik einen reaktionären Namen hat.

Nach und nach haben sich sämtliche Offiziere schwärzester Gesinnung in Oberschlesien versammelt. Leute, die sich durch massenweises Abschichten revolutionärer Arbeiter oder durch gutgezielte Schüsse auf Arbeiterführer um den Bestand der Ebert-Republik verdient gemacht haben, sind herbeigeeilt, um die bedrohte „Heimat“ zu schützen. Selbst der bekannte Falstikumbandit Alwa Löffel-Vermond hat dem gefährdeten Oberschlesien Hilfe angeboten durch seine Getreuen, die ja schon einmal das Vaterland „gerettet“ und dem deutschen Volk eine schön-gelungene Suppe zum Ausöffeln eingebracht haben.

Neben dem General Hoefler befindet sich als Leiter der bayerischen Truppen General von Hülsen in Oberschlesien. Auch der „Göben“-Admiral von Prajschwich schließt „mit einem einfachen Gewehr“ die „Heimat“.

Der Zwölferausschuß, der die politische Leitung in Oberschlesien in den Händen hat, und in dem sich (natürlich!) auch mehrheitssozialistische Gemeindeführer befinden, ist nichts anderes als eine Zivilkassette für das gefährliche Spiel, das die Militaristen dahinter treiben.

Mit der heuchlerischen Gerissenheit, die auch während des Krieges die leitenden Militärs Deutschlands zeigten, suchen die Generäle, die in Oberschlesien ihre dunklen Ziele verfolgen, die deutsche und die Öffentlichkeit des Auslands zu täuschen.

Wie immer, schieben auch hier in Oberschlesien, die deutschen Militärs alle Schuld auf die „anderen“. Der J. K. werden Versprechungen gemacht, an deren Inhalt niemand denkt.

Mit bekannter Dickköpfigkeit halten die deutschen Insurgenten die einmal in Besitz genommenen Stellungen. Der deutsche Mehrheitssozialist Cyrus, Mitglied des Zwölferausschusses, erklärt, daß die Besetzung des Annaberges nicht mehr notwendig sei. General Hoefler und seine Getreuen Pfeilen natürlich auf solche „Ansichten“ eines Sozis. Für die Sozialdemokraten, die wieder einmal mit reaktionären Offizieren durch dick und dünn gegangen sind, ist diese Entwicklung der Dinge natürlich höchst peinlich. Sind sie es doch gewesen, die das gefährliche Selbstschutzelement erst mit haben ansaugen helfen. Jetzt wachsen ihnen die Reaktionen über den Kopf.

Von der Seite der Entente wird mit allem Ernst auf die drohende Gefahr in Oberschlesien hingewiesen. Der französische Volschaffter Laurent ist auch in dieser Woche bei der deutschen Regierung vorstellig geworden und hat auf den Ernst der gegenwärtigen Situation hingewiesen. **Jortwährend befinden sich neue deutsche Streitkräfte im Anmarsch nach Oberschlesien.**

Der General Hoefler weigert sich, seine Truppen zurückzunehmen. Er pfeift auf die Anordnungen der J. S. Die deutschen Polizeitruppen, die von der Regierung Wirth-Brandauer geschickt wurden, um die Grenzen abzusperren, stecken mit dem deutschen Selbstschutz unter einer Decke.

Sie lassen den Selbstschutz völlig ungestört seinen Aufmarsch vollenden.

Der Uebertritt von Freiwilligen und Waffen wird durch die deutschen Polizeitruppen nicht verhindert. Laurent weist angesichts dieser offenen Provokationen durch den deutschen Selbstschutz auf die außerordentlich große Kriegsgefahr im Osten hin.

Nicht nur zwischen Polen und Deutschen, sondern auch zwischen den interalliierten Polizeitruppen und den deutschen Freikorps kann es jeden Tag zu ernstlichen Zusammenstößen kommen.

Daß die Hoefler, von Hülsen, von Prajschwich und Vermond natürlich mit allem Eifer auf solche Zusammenstöße hinarbeiten, ist klar, da dieses Ziel zum Aufmarschprogramm der internationalen Gegenrevolution gehört.

Die gegenwärtige deutsche Regierung steht diesen Treibern natürlich völlig ohnmächtig gegenüber. Mit dieser reaktionären Spitze so wie so verbunden, fehlt es ihr am ersten Willen, den Reaktionen gegenüberzutreten und außerdem an Kraft und Mut. Unbekümmert um alle Folgen, die das Kriegsspielen der Orgeschhäuptlinge und gar etwaige ernste Zusammenstöße für das werktätige deutsche Volk haben können, unterstützt die Reichsregierung durch ihre ganze rückgratlose Politik noch das Unternehmen der Reaktionen.

Die Gefahr im Osten wird solange wachsen, bis sie sich wieder in einen Kapp-Putsch entläßt. Dann werden die

Reichsregenten wieder die Arbeiter um Hilfe anrufen, die ihnen den umgeworfenen Thron wieder aufstellen sollten.

Soweit darf es aber die Arbeiterschaft nicht wieder kommen lassen.

Ganz besonders die schlesischen Arbeiter haben die Pflicht, schon jetzt Vorsorge zu treffen, daß sich die reaktionäre Gefahr nicht wieder zu einem Kapp-Putsch ausweicht.

Dem Selbstschutz-Rummel in Oberschlesien muß nun endlich ein Ende gemacht werden.

Es ist eine Schande, daß sich noch immer schlesische Eisenbahner und Arbeiter dazu hergeben, diesen Orgeschbanditen den Aufmarsch zu erleichtern.

Unerhört aber ist es, daß die mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsführer noch immer nicht Ernst mit der geforderten Bewaffnung der Arbeiter gemacht haben.

Die Gewerkschaftsführer spielen aufs unverantwortliche mit dem Leben von tausenden schlesischer Arbeiter, die unbewaffnet den rachelüsternen Orgeschleuten preisgegeben sind.

Dringender denn je müssen die Arbeiter Schlesiens die Bewaffnung fordern.

Keine Transporte von Orgeschtruppen!
Bewaffnung der Arbeiter!
Ein Ende der Orgeschgefahr!

Versammlungskalender

Distrikt 12:
Freitag, abends 7 Uhr, Steinauer. Ecke Andriessenstraße:
Distriktsversammlung.

Gammelt für die „Rote Hilfe!“

Verantw. Redakteur: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag: Soz.-Verlag, e. G. m. B., Breslau. Druck: Felix Hoff, / GmbH., Berlin S. 14.

Möbel billiger!

Wichtig für Brautpaare!!
2 St. Schrank, mod. 485
2 St. Vertiko in Spieg. 485
1 Tisch in Schublade 135
2 Stühle à 45 paar 130
2 Bettst. m. Mat. u. K. 820
1 Küche, 7 teil, mod. 580
Alles zus. Alt. 2595
M. Giesel
Breslau — Brüderstrasse 23

Liebich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des Juni-Programms

Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr:
Einziges Sommerkino in Breslau.

Luna-Park

täglich geöffnet.

Sommer-Ausverkauf

von Donnerstag, den 23. bis Sonnabend den 2. Juli
Gewaltige Preisherabsetzungen in allen Abteilungen, wovon einige Beispiele:

Damen-Wäsche

Taghemden St. M. 29.50 23.75 19⁷⁵
Beinkleider . . St. M. 29.75 23⁷⁵
Nachthemden St. M. 63.75 49⁵⁰
Untertailen St. M. 20.65 17.85 15⁴⁵
Garnitur mit Punktstickerei u. Hohlkämmen
Taghemd 48⁵⁰ Bekleid 45⁵⁰
Damen-Schlupfsocken in allen Farben M. 17³⁵

Herren-Wäsche

Farbige Oberhemden ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis St. M. 83.50 69.00 54⁵⁰
Weiße Oberhemden m. Stulpen 92.50, ohne Stulpen M. 84⁵⁰
Taghemden . . . St. M. 53.50 39⁷⁵
Nachthemden bunt besetzt mit Kragen und Halsbret St. M. 67.50 49⁵⁰
Weiße Herrenkragen Stück M. 3⁸⁵
Herren Socken Paar M. 6.85 5⁹⁵

Bett-Wäsche

1 Deckbett mit 2 Kopfkissen m. dopp. Kragkissen M. 148.75
1 Deckbett und 2 Kopfkissen m. 1 Kragk. u. 1 garn. Kissen M. 228.50 197⁵⁰
Mit 10, 20 bis 50 % Rabatt Gardinen, Stores, Vorhangstoffe, Bettdecken, Steppdecken, Schlafdecken, Daunendecken.
Besonders preiswerte Angebote in: Tisch- und Teegedecken, Tischtüchern und Servietten.

Kinder-Wäsche

Mit 10 bis 25% Rabatt
Erstlingswäsche, Knaben- u. Mädchenwäsche, Haus- und Kinderschürzen, Morgenkleider und Jacken
Porös gewebte Springhöschen 8⁷⁵
Größe 85 cm M.
50% Rabatt auf sämtliche wollene Sportjacken.

Damen-Blusen

aus Percal Batist und Voile
Serie I M. 34⁵⁰ Serie II M. 45⁵⁰ Serie III M. 69⁵⁰
Damen-Strümpfe schwarz u. farbig M. 9.75 7.75 6⁸⁵

Große Küchenhandtücher . . M. 8.50, 5.45 4⁴⁵
Weißes Dreihandtuch, Größe 48/100 . . M. 13⁵⁰
„ Gerstenkornhandtuch, Größe 48/100 M. 9⁵⁰
Lana-Saalhandtuch Stück M. 3⁵⁵
Poliertuch Stück M. 2⁶⁵

Reste
Wäschemetuch 80 cm Meter M. 11.50 9⁴⁵
Linnon mit Leinenglanz 80 cm Meter M. 12⁵⁰
Bettuchdowias 130 cm Meter M. 22⁵⁰
Wallis, Damast, Linnon und Hemdentuche, 83 u. 130 cm breit für Leib- u. Bettwäsche geeignet.

Während der Ausverkaufstage gewähren wir auf alle im Preise nicht besonders herabgesetzten Waren 10% Rabatt.

Verkauf nur gegen Barzahlung!

Umtausch findet nicht statt!

Stein & Koslowsky

Breslau :: Ring 25.

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlag: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Verkauf 1,00 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postfach Nr. 285, "Sozialistischer Verlag" e. V. m. b. H., Berlin. Preisveränderung: Ring Nr. 2827.

Freitag, den 24. Juni 1921

Abbestellung: Die kassierten Willensurteile über den Namen des Verlegers des "Sozialistischen Verlags" e. V. m. b. H., Berlin, sind vom Reichsgericht am 24. Juni 1921 aufgehoben worden. Die Willensurteile, die erteilt sind, sind damit aufgehoben.

Die Vorbereitung des 3. Weltkongresses.

Am 10. Juni 1921 beschäftigte sich das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale in einer Sitzung mit den Vorbereitungen des Kongresses. Es wurden hierbei folgende Fragen besprochen: 1. Zusammensetzung der Exekutive während des Kongresses. 2. Mandatsprüfungskommission. 3. Thesen. 4. Tagesordnung des Kongresses. 5. Die Sprachenfrage während des Kongresses. 6. Berichtverfahren. 7. Verteilung und Modus der Abstimmungen. Tagesordnung und Reglement. 8. Geschäftsordnung. 9. Vertretung der Exekutive auf der Frauenkonferenz. 10. Zusammensetzung des Präsidiums des Kongresses.

Genosse Sinowjew beantragte, die Exekutive während des Kongresses zu vergrößern, entsprechend der Größe der verschiedenen Parteien.

Die Mandatsprüfungskommission wird um einige Genossen erweitert.

Ueber die Frage der Thesen referiert Genosse Kadel. Er schlägt die Wahl folgender Kommissionen vor:

1. Die Kommission, welche die Thesen zum Bericht der Exekutive ausarbeiten soll.
2. Zur Frage der Taktik, Uebergangsforderungen, Teilkämpfe und Taktik der kommunistischen Internationale, der Uebergangszeit zum direkten Kampf um die Macht, außerdem Thesen zur Frage des Verhältnisses zwischen der kommunistischen Internationale und der roten Gewerkschafts-Internationale.
3. Gewerkschaftskommission.
4. Thesen über die Fragen des Organisationsaufbaues der einzelnen Länder und Aufbau der Exekutive. Außerdem wird noch eine Kommission über die Frage im ersten Punkt der Tagesordnung: „Bericht über die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage und deren allgemeine Bewertung“ zu wählen sein.

Diese Kommissionen werden alle Vorarbeiten zum Kongress erledigen, eventuell von den Delegationen Zusatzthesen anfordern und dann Bericht zu erstatten haben. Zur Tagesordnung schlägt das kleine Büro des Exekutivkomitees vor, die Frage der Konsumgenossenschaften und Bildung von roten Genossenschaften hinzu zu fügen. Außerdem mündlich die russische Partei die innere und äußere Lage der Sowjetrepublik besonders zu behandeln.

Den Bericht der Exekutive wird Genosse Sinowjew, das Referat über die ökonomische Lage und die Aufgaben der kommunistischen Internationale wird Genosse Trocki, über die ökonomische und politische innere und äußere Lage Genosse Lenin, über taktische Fragen Genosse Kadel übernehmen.

Ueber die organisatorischen Fragen der einzelnen Parteien berichten die zehn erstellten Berichterstatter mit einer beengten Redezeit von 15 bis 20 Minuten. Es werden Deutschland, Frankreich, England, Amerika, Australien, Norwegen, Italien, Polen und die Tschechoslowakei ihre Berichte erstatten, über die dann in einem zusammenfassenden Bericht referiert werden soll. Genosse Bela Khus wird über den Aufbau der Organisations der einzelnen Länder und Genosse Koenen über den Aufbau der internationalen Beziehungen sprechen. Die Gewerkschaftsfrage soll Genosse Sinowjew zusammenfassend mit Kadel besprechen. Die Orientfrage wird genau so behandelt werden, wie die Berichte der einzelnen Parteien. Genosse Morozoff und Genosse Kadel werden den zusammenfassenden Bericht geben. Die Frage der Genossenschaften behandelt der russische Genosse Chintichuk und ein deutscher Genosse. Die Genossinnen und die Jugendlichen sollen ihre Referenten über die Frauen- und Jugendfrage selbst bestellen.

Die Vertreter der KPD wünschen, daß in der Frage der Taktik und in der Gewerkschaftsfrage Korreferenten aus ihren Reihen zugelassen werden. Genosse Kadel tritt dem entgegen, indem er unter dem Beifall der Versammelten darauf hinweist, daß die KPD in allen, die Internationale betreffenden Fragen eine Separatmeinung vertritt. Redner weist auf die Prozeduren der KPD hin, welche von den Niederlagen der Weltrevolution und der Dummheit der Exekutive sprechen. Auch eine Gruppe anderer Genossen wird diese Tendenzen vertreten und wir können deshalb für die KPD kein Privileg schaffen. Es werden für alle behandelnden Fragen Korreferenten gestellt und selbstverständlich kann auch die KPD zu allen Fragen Stellung nehmen, um ihre Weisheit in Bezug auf ihre revolutionären Theorien dem Kongress bekanntzugeben.

Ueber die Frage der Kongresssprachen schlägt Genosse Sinowjew vor, wegen Zeitmangel nur die deutsche und französische Sprache als obligatorische Kongresssprachen zuzulassen.

Ebenso wird die Frage über die Art der Abstimmung und die Geschäftsordnung bis zur nächsten Sitzung der Exekutive zurückgestellt.

Ueber die Frage der Zusammensetzung des Präsidiums entsteht eine längere Debatte. Es wird beschlossen, fünf Genossen, aus der russischen, deutschen, bulgarischen, italienischen und französischen Partei in das Präsidium zu berufen. Die betreffenden Delegationen sollen ihre Delegierten zum Präsidium bestimmen und die Liste der Exekutive vorlegen.

In einer späteren Exekutivbesitzung wurde die Präsidiumsfrage dahin erledigt, daß auf Antrag des Genossen Kröschich Sinowjew, Russland, zum Präsidenten, zu Stellvertretern: Koenen, Deutschland; Portol, Frankreich; Gajowa, Bulgarien; Genuari, Italien, dem Kongress in Vorschlag gebracht werden. Es wird hierauf eine Resolution angenommen, die die russische Fraktion auf Antrag der

Beurteilung des Genossen Brandler verfaßt hat und die sich auf ein Berliner Radio stützt, in dem der Exekutive die Beurteilung des Genossen Brandler mitgeteilt und in dem gesagt wird:

„Brandler machte in seiner Verteidigungsrede keinerlei Konzession und seine Verteidigungsrede machte es den Richtern unmöglich, ein milderes Urteil zu fällen.“

Die Resolution der Exekutive hat folgenden Wortlaut: „Das deutsche Proletariat!“

Die Exekutive der kommunistischen Internationale bekennt ihre unerschütterliche Solidarität dem internationalen Führer der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands, Ge-

Die KPD. zum Wohnungselend.

(Aus der Reichstagsitzung vom 21. Juni.)

Abgeordneter Heydemann (KPD): Genau so wie die Getreideumlage nur eine Kulisie für die hemmungslöse Ausbeutung des Proletariats darstellt, so ist auch das Reichsmietengesetz nichts anderes als eine Kulisie zur Verbedung des furchtbaren Wohnungselendes in Deutschland. Für das Proletariat hat eine Wohnungsnot dauernd bestanden. Jetzt aber, ist sie durch den verbrecherischen Krieg so ungeheuer verschärft worden, daß die Zahl der Opfer infolge dieses Wohnungselendes, die Zahl der Opfer des Kriegsmordens bereits übersteigt. Für die große Mehrheit des Proletariats ist der „deutsche Herd“ ein Herd der Tuberkulose, der ungeheuren Kindersterblichkeit. Diese Steuer, diese Wohnungsabgabe, die

das Muster einer ungerechten Steuer

ist als eine soziale hinzustellen, das haben wir nicht für möglich gehalten. Ohne jede Rücksicht auf die persönliche Leistungsfähigkeit wird hier vom Ärmsten der Armen genau so genommen, wie von jedem anderen. Rechtssozialisten, die angeblichen Gegner jeder indirekten Steuer, sind die Väter dieses Gesetzes.

Sch hoffe, daß endlich einmal wenigstens für die Forderungen, die alle Proletarier geeint aufgestellt haben, die der Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften in der Wohnungsfrage aufgestellt hat, die USR. tatsächlich bereit ist, in dem Kampf einzutreten, wie sie es hier gesagt hat. Denn diese Regierung denkt nicht daran, für die Arbeiter irgendetwas auch in der Wohnungsfrage zu tun.

Sind diese Zustände notwendig? Die Arbeitskräfte sind da. 60 000 Bauarbeiter sind wohnungslos, tausende von Lehrern wohnungslos. Die Rohstoffe sind da, die Schlösser sind da, und o' hunderte von Spielklubs in Berlin bekommen so viel Körner, wie

noßen Heinrich Brandler, den ein Ausnahmeverdict der Ebert-Republik soeben zu fünf Jahren Festung verurteilt hat, sowie den Hunderten kühnen Kämpfern der Märztag, die die weiße Justiz, die den Führern des Kampfes gegen den infamen Meuchelmörder an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches usw. kein Haar gekrümmt, ja sie öffentlich und geheim gedacht hat. Die Exekutive erklärt vor der deutschen und internationalen Arbeitererschaft, daß die volle Verantwortung für diese schändlichen Missetaten der Konterrevolution auf die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführerschaft beider Richtungen fällt, die während der Märzkämpfe die Kommunisten als Massenproletariat und Verbrecher der Konterrevolution denunziert haben und ohne deren aktive Mitwirkung oder Duldung der Racheblut der Bourgeoisie gegen die Märzkämpfer nicht einen Tag möglich wäre. Die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführung tragen heute als Mitglieder der Reichsregierung nicht nur die tatsächliche, sondern ebensowohl die volle formelle Verantwortung für alle diese Akte der weißen Justiz.

Die Exekutive fordert die unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter auf, zu wählen zwischen den Helfern und Helfern der weißen Justiz und denen, die ihr Leben eingesetzt haben zum Schutze der Arbeitererschaft vor konterrevolutionärer Gewalt, die nicht der Gewalt der Konterrevolution die Gewalt der Revolution entgegenstellen haben.

Moskau, den 7. Juni 1921.
Die Exekutive der kommunistischen Internationale.

Ueber die tschechoslowakische Frage werden zwei Berichte gegeben, einer von der tschechischen und einer von der deutschen Partei.

Der Sprecher der tschechischen Partei, Genosse Surian, gibt einen Bericht über die Ursachen der bedauerlichen Vorkommnisse innerhalb der tschechoslowakischen Partei und stellt den Antrag auf Einziehung in die 3. kommunistische Internationale. Der Vertreter der deutschen Abteilung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei hält eine äußerst scharfe Abrechnung mit den opportunistischen Elementen in der tschechischen Abteilung und brandmarkt vor allen Dingen das Verhalten des Genossen Smeral zu der Frage der Märzaktion, die den notwendigen Ausschluß der Rebellenteur Lev und Kernansky verhindert hat. Trotzdem polemisiert er nicht gegen die Aufnahme der tschechischen Partei. Gegen die Aufnahme spricht die Haltung ihrer Führer, für die Aufnahme die gute kommunistische Gesinnung großer Massen des tschechischen Proletariats.

In einer späteren Sitzung beschloß die Exekutive die Aufnahme der tschechischen kommunistischen Partei.

Politische Uebersicht.

Profit über Arbeiterwohlfahrt!

Reichstagsitzung, Mittwoch, 22. Juni.

Als Antwort auf eine durch das Zentrum eingebrachte Interpellation über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Genis erklärt der Reichsarbeitsminister Dr. Braun, daß die Regierung erst Anfang nächster Woche die Interpellation beantworten werde. Ein Antrag der Unabhängigen fordert die sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission. Die Sozialdemokraten verlangen, daß bei der Untersuchung auch Bergarbeiter hinzugezogen werden.

He haben wollen. Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist bei den Tug gen, die in den Proletarierbehauungen leben, um ein vielfaches größer, als bei der bestehenden Klasse.

Die 1 1/2 Millionen Wohnungen, die fehlen, werden durch diese Porlage in keiner Weise gebaut werden können. Schon ist hier die Gefahr angedeutet worden, daß die Luxusbauten jetzt wieder zunehmen könnten. Obwohl in Ostpreußen tausende von Häusern noch zerfällt sind, ist es jedem, der in der Lage ist es zu bezahlen, heute freigegeben, zu bauen, was er für sich haben will. Für die wenigen, die ihre ergaunerten Millionen irgendwo unterbringen wollen, und beim Bauen auf die Staatszuschüsse verzichten, ist jede Rationierung, jede Zwangswirtschaft vollständig aufgehoben.

Die vorliegenden Gesetze sind nichts als die ersten Clappnetz dafür, daß das Volk ohne alle Bindung auch auf diesem Gebiete vollständig der schonungslosen Ausbeutung preisgegeben werden soll.

Wir fordern ein Reichswohnungs Gesetz und ein Reichsentlehnungsgesetz. Wir verlangen die Sozialisierung der gesamten Baumaterialindustrie, die Sozialisierung des gesamten Grund und Bodens, eine strenge Rationierung der vorhandenen Wohnungen. Es geht nicht an, daß immer noch Tausende sich in großen Wäldern und Palästen breit machen, während ein gewaltiger Teil der Arbeitenden ganz ohne Wohnung ist.

Trotz allen Elendes ist heute doch in Rußland die Wohnungsfrage so gelöst, daß das heranwachsende Geschlecht nicht dazu verurteilt ist, in elenden Wohnungen dem Tode, dem frühzeitigen Welken zu verfallen, wie hier wir wissen, daß wir diese Forderungen nur im Kampfe durchsetzen werden, daß wir das Wohnungselend nur zusammen mit der Herrschaft des Kapitalismus beseitigen werden. (Lebhafte Beifall bei der KPD.)

In der Beratung des Gesetzes über den Waffengebrauch der Grenzbeamten sprechen sich die Vertreter der Arbeiterparteien vergebens gegen die Annahme des Gesetzes aus, das Morbtaten, wie sie im Fall Süß begangen wurden, Vorschub leistet. Die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen, die die Einschränkung des Waffengebrauches der Grenzbeamten bezwecken, werden gegen die Stimmen der Arbeiterparteien abgelehnt, und das Gesetz in der alten Fassung angenommen.

Ein Gesetz über den Staatsgerichtshof wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge, die von Arbeiterparteien kamen, angenommen.

Dann folgt Beratung eines Antrages der Unabhängigen, der die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus Mitgliedern des Reichstages zur Aufklärung des Unglücks auf der Zeche Mont Genis fordert. Die Vertreter der Arbeiterparteien erklären sich dabei gegen die Hinzuziehung von Vertretern der Bergbehörde zu dieser Untersuchung, da sie für die Zustände in den Gruben verantwortlich sind. Die Vertreter des Betriebsrates müssen hinzugezogen werden.

So lange die Untersuchung nicht abgeschlossen ist, sind die Bergbaubehörden als die Schuldigen anzusehen.

Abg. Hue (Soz.) führt aus, daß die Betriebsräte jetzt überhaupt keinen Einfluß gegenüber den Bergbaubehörden haben und die bisherigen amtlichen Berichte der preussischen Regierung über frühere Unglücksfälle meistens irreführend waren.

Die Vertreter der Demokraten und des Zentrums sprechen sich gegen die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus, wobei der Abg. Imbusch (Str.) die Betriebsräte in scharfer Weise angreift und auch jetzt eine Kommission in die Nähe entfallen will durch den Hinweis darauf, daß an dem Unglücksort Kommunisten im Betriebsrat waren. Der Vizelandtag Bauer spricht sich ebenfalls gegen die sofortige Einsetzung des Untersuchungsausschusses aus, da die Regierung noch nicht Stellung zu dem Antrage genommen habe. Abg. Braß (Komm.) besteht in scharfer Weise auf der sofortigen Einsetzung des Untersuchungsausschusses und weist darauf hin, daß das Straußen gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nur deswegen erfolge, weil die Bürgerlichen mit Recht befürchten, die Schuld der Bergbaubehörden und besonders des Kapitals könnte festgestellt werden.

Die bürgerlichen Parteien versuchen durch einen Verdragungsantrag die sofortige Einsetzung des Untersuchungsausschusses zu sabotieren. Abg. Genet (Komm.) weist nach, wie dieser Antrag der Bürgerlichen einen Bruch der Verfassung bezweckt, da verfassungsmäßig die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses garantiert ist, sobald ein Fünftel des Hauses sich dafür erklärt — sonst könnte die Mehrheit des Hauses durch fortlaufende Vertragung der Debatte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses überhaupt verhindern. Während die Unabhängigen denselben Standpunkt vertreten, bringen die Sozialdemokraten einen Kompromißantrag ein. Da aber inzwischen der Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses von allen drei Fraktionen der Arbeiterparteien unterschrieben eingebracht worden ist, ist die Einsetzung des Ausschusses somit beschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr.

Im Geschäftsausschuß des Reichstages verfuhrte Prof. Kahl (D. Sp.) seinen Strafantrag gegen renitente Parlamentariermitglieder eiligst zu erzwängen, unterstützt vom Demokraten Brod auf, der auch die Freilassung von Thomas, Bayern, bekräftigt.

Genosse Genet leuchtete ihm gründlich heim und Kahl mußte seinen realistischen Eifer einschränken und seinen Antrag auf parlamentarische Beratung zurückziehen.

Gegen den Verfassungsverbruch der Württembergischen Regierung.

Anfrage der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Das württembergische Staatsministerium hat unter Berufung auf den Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung die Tagesordnung der Vereinigten Kommunistischen Partei Württembergs, den „Kommunist“ mehrmals beschlagnahmt, sowie verboten, und am 25. Mai 1921 über denselben die Vorzensur verhängt. Die Ausübung der Vorzensur ist der Stadtdirektion in Stuttgart übertragen worden. Begründet wird diese gefährliche Maßnahme mit dem Hinweis, daß der „Kommunist“ angeblich zum Hochverrat und Landesverrat aufgefördert habe, daß er sich gegen das Preßgesetz veranlaßt habe und weiter der Beamtenmilitanz schuldig gemacht habe. Die angeblichen Vergehen rechtfertigen in keiner Weise die Anhebung des Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung in der es heißt:

„Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages aufzuheben.“

Die württembergische Staatsregierung berechtigt mit ihrem ausnahmsweiligen Vorgehen einen glatten Verfassungsverbruch. Des weiteren läßt die schändliche Handhabung der Vorzensur durch die Stuttgarter Stadtdirektion erkennen, daß es derselben nur auf die absolute Knebelung der kommunistischen Presse ankommt. Diese verfassungswidrige Maßnahme der Aufhebung des Art. 48 der Reichsverfassung durch die württembergische Staatsregierung, die sich ausschließlich gegen die kommunistische Presse richtet, ist gleichbedeutend mit der Schaffung eines Ausnahmezustandes gegen die Kommunisten und bedeutet eine grobe Verletzung des Art. 109 der Reichsverfassung, der im Abs. 1 befragt: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich.“

Wir fragen an:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um das verfassungswidrige Vorgehen der württembergischen Staatsregierung gegen die kommunistische Presse zu verhindern?

Wird die Reichsregierung bereit Schritte zu veranlassen, daß die Vorzensur über den „Kommunist“ aufgehoben wird?

Wird ferner die Reichsregierung bereit zu veranlassen, daß das Verbot des Erscheinens der „Neuen Zeitung“ München, des „Völkische“ Auesburg, des „Reckruf“ Oberhausen, der „Roten Röhne des Ostens“ Königsberg & Pr. zurückgezogen wird?
Berlin, den 21. Juni 1921.

Oberschlesien und die Amsterdamer Internationale.

Die ober-schlesische Frage scheint Geister nachgerufen zu haben, die der polnischen und auch der deutschen Bourgeoisie gar nicht angenehm sind. Die nationale Bewegung hat andere Formen angenommen und droht mit einem Kampf der gesamten ober-schlesischen Arbeiterschaft gegen die Bourgeoisie zu enden.

In diesem Augenblick, da sich die Lage für die Bourgeoisie und ihre Verbände ungünstig stellt, kommen nach Oberschlesien die Führer der Amsterdamer Internationale, die Joubaux und Kimmén, um die Arbeiterschaft zu beruhigen. Bei den Verhandlungen, welche in Katowitz gepflogen waren, führte Joubaux aus, daß Oberschlesien eine unehrerliche Bedeutung für die Weltwirtschaft habe und darum sollen die deutschen und die polnischen Arbeiter das Problem lösen helfen. Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften weisen auf die Gefahren hin, die bevorstehen, falls das Gebietsgebiet den Polen anverleibt werden sollte. Die Vertreter des polnischen Zentralverbandes erklärten dagegen, Deutschland könnte infolge seiner blühenden Industrie Oberschlesien verschmerzen. Folien sei jedoch ohne Oberschlesien nicht lebensfähig. Das haben auch schon die polnischen und deutschen Schwerindustriellen gelacht. Die Gewerkschaftsführer predigen es ihnen nur nach.

Die Führer der Amsterdamer Internationale betonen jetzt, was zu tun wäre, um die „Ordnung“ in Oberschlesien wieder herzustellen. Der Sozialist Kimmén, einer von den Hauptlingen der Amsterdamer Internationale, schloß vor, einen gemeinsamen Aufruf an die deutsche und polnische Arbeiterschaft zu richten, der zur Verhinderung beitragen sollte. Joubaux und Kimmén bekräftigten die Arbeiterverhandlungen, um sich über die Stimmung zu orientieren.

Die Herren Joubaux und Kimmén haben sich noch immer als Vertreter der Arbeiterschaft und Rechte der Bourgeoisie erwiesen. Sie sind eins mit Albert Thomas, der eines Tages dem belgischen König sagte: „Majestät, die Internationale der Arbeiter unterstützt mich, die Internationale der Arbeiter unterstützt mich ebenfalls, es fehlt mir nur noch die Unterstützung einer Internationale der Pöbel.“ Die Herren Joubaux und Kimmén sind noch Oberschlesien gefahren, um getreu diesem Grundgedanken dort zu arbeiten. Diese Herren mit eisernen Stimmen kommen nach Oberschlesien, um auch da die Arbeiter, die erst erschrecken, irreführen zu können. Sie kommen nach Oberschlesien, nicht um den leidenden Arbeitern zu helfen und die nationalstolischen Beherrschten zu bekämpfen. Nein, Sie sind dort hinkommen, um die Diktatur der Bourgeoisie zu retten, um die wachsende Arbeiterbewegung niederzuschlagen! Sie wollen sich auch hier als Retter des Kapitalismus erweisen.

Der alte und der neue Minister.

In dem preussischen Etat sind größere Summen, die in viele Millionen gehen, für Spitzelwesen eingestellt. Auf eine Kritik unseres Vertreters antwortete der frühere Minister des Innern, der Rechtssozialist Severing, daß Spitzelwesen unbedingt seien. Da sich selten ehrliche Menschen zu diesem ehrenwerten Beruf melden, müsse man sich eben mit der Tatsache abfinden, daß alle möglichen unehrerlichen Elemente diese Spitzeldienste übernehmen. Herr Severing dachte damit indirekt auch die Lockspitzelwesen der früher von ihm und jetzt von Herrn Dominicus dem neuen Polizeiminister beschäftigten Beamten und Agenten.

Der Minister des Innern, Dominicus hielt es nicht für notwendig, auf die Fragen des Vertreters antwortend

Reaktion über den Etat des Ministeriums des Innern zu antworten. Sein inzwischen in der Presse veröffentlichter Erlaß über den Ausschluß von Kommunisten in obrigkeitlichen Ämtern der Staats- und Gemeindeverwaltung lautet, daß er die Politik Severings gegen die Kommunisten noch verschärfen will. Auf einen Zwischenruf gab übrigens Herr Severing zu, daß er in der Praxis den Erlaß des Herrn Dominicus bereits selbst befolgt habe: „So etwas tut man, aber sagt man nicht“, war die Antwort Severings auf den Zwischenruf.

Zur Demonstration der Erwerbslosen.

1. Wie es überall hätte sein sollen!

In Elberfeld-Barmen

Achtung!

Am Montag, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet in Elberfeld auf dem Vorplatz des Thaliatheaters und in Barmen auf dem Karlsplatz eine große

Demonstration

für unsere Arbeitslosen statt. Es ist Aufgabe sämtlicher Arbeiter, Angestellten und Beamten, dafür zu sorgen, daß diese Demonstration eine machtvolle wird.

Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld.

SPD.

USPD.

FBPD.

Die Arbeitslosenräte Barmen-Elberfeld.

(Inerat in allen drei Parteizeitungen).

2. — Und wie es war.

In Berlin.

„Die 10 Forderungen sind zum größten Teil erfüllt, daher besteht kein Anlaß, zu den Arbeitslosen zu sprechen.“ (Die Gewerkschaftsführer.) „Freiheit“ und „Vorwärts“ hehen gegen die Demonstration. (Prügelgenen, Sipo im Hintergrund.)

In Hamburg.

„Wie bekannt, haben die Arbeitslosen im ganzen Reich beschlossene Demonstrationen zu veranstalten, um die Gewerkschaftsführer zu zwingen, die von ihnen selbst aufgestellten 10 Forderungen des ADBB zur Durchführung zu bringen.“

Aus diesem Grunde veranlaßte die Hamburger Gewerkschaftsbürokratie heute die Besetzung und Umstellung des Gewerkschaftshauses mit SPD-Arbeitern, die zu diesem Zweck extra aus den Betrieben herausgeholt worden sind.

Das ist eine unerhörte Provokation der Arbeitslosen, die entschlossen sind, friedlich zu demonstrieren. So arbeitet man bewußt und offen darauf hin, es zum Kampf zu bringen, des Arbeiters gegen den Arbeiter. Die Schuld schiebt man nachher selbstverständlich den Arbeitslosen und den Kommunisten in die Schuhe.“ (Hamburger Volkszeitung).

Wohin dieser Weg führt, kann sich jeder Arbeiter selbst ausdenken. Proletariat! Wehret den Anfängen! Laßt euch nicht gegeneinander ausspielen! Steht geschlossen zusammen gegen die Bourgeoisie.

Die Kommunisten als „Giftmischer“.

Eine Sensationsmitteilung Severings.

Im Hauptauschuß des preussischen Landtags erklärte laut „Berliner Volkszeitung“ Erminister Severing:

„Im Ministerium des Innern sei ein im Dienste der Kommunisten stehender Bote tätig gewesen, der von allen wichtigen Schriftstücken Abschriften gemacht habe. Man habe das bei allen Reichsministerien tun wollen, habe sogar ein besonderes outes Gift in Vorbereitung gehabt, um alle mißliebigen Minister zu beseitigen.“

Wir können, nachdem unsere geheimen Pläne schon verraten sind, noch andere Schandthaten, die wir vorhaben, preisgeben: Wir haben an der Nordseite einen Leuchtturm errichtet, der bürgerliche Journalistensköpfe mit ultravioletten Strahlen bearbeiten soll, während sie Artikel auschleimen.

Den Nord-Süd-Schnellbahntunnel haben wir mit dem Rest des Kominternganges gefüllt, damit Berlin in die Luft fliegt, sowie Droski den Lenin gebraten und ausgewirfelt hat.

Die „Vorposten“ nebst dem „Tagblatt“ und der „Volkszeitung“ werden wir in 27 1/2 Millionen Freizemplaren verteilen, sowie ein vernünftiger Artikel darinstellt.

Was will man mehr?

Der Stenerraubzug.

Die Kosten, die das „deutsche Volk“ im laufenden Jahr tragen soll, werden von Tag zu Tag größer. Milliarde reiht sich an Milliarde. Die Reichsregierung verschleiert die wirklichen Ausgaben so lange sie kann, um die Arbeitermassen zu täuschen, hinzuhalten.

Der Reichshaushalt für 1921 mac im April veranschlagt worden mit „nur“ 90,5 Milliarden Mark, jetzt schon nach zwei Monaten, muß der Reichsrat unter Vorsitz des Sozialdemokraten Dr. Gradnauer feststellen, daß diese „kleine“ Summe bei weitem nicht ausreicht. Rund 20 Milliarden Mark sind über Nacht dazugekommen. Der ganz Haushalt zeigt folgendes Bild:

ordentlicher Etat	46,9 Milliarden Mark,
aufgeordentlicher Etat	43,6 Milliarden Mark,
Nachtrag zu beiden Etats	17,7 Milliarden Mark,
insgesamt	108,3 Milliarden Mark.

Von diesen 108 Milliarden entfällt eine (!) auf die Unterstützung von Erwerbslosen. Wenn man in Deutschland rund 3 Millionen Arbeitslose rechnet, so entfallen auf einen Erwerbslosen ganze 400 Mark.

Dazu kommen noch die Reparationsleistungen, die nach den Ausführungen im Reichsrat jährlich insgesamt 106 Milliarden Mark betragen. Zusammen müssen nach dieser auch nur „vorläufigen“ Aufstellung — 215 Milliarden Mark pro Jahr aufgebracht werden!

Mühte dieser Betrag durch Steuern aufgebracht werden, so entfielen auf den Kopf 3582 M. im Jahr, d. h., bei einem Einkommen von 900 M. monatlich mühte ein Arbeiter ohne weiteres vier Monate hungern, d. h. verhungern. Dies liegt aber nicht in der Absicht der menschenfreundlichen Regierung Brühs und Eberts. Alle Proletariat dürfen im Interesse Stinnes' und Konforten nicht sterben, sonst kann man doch keinen Profit mehr machen. Deshalb soll „nur“ die Hälfte durch Steuern aufgebracht werden, die andere Hälfte durch Anleihen. Das bedeutet natürlich nur, daß die Schulden des Reiches, die jetzt über 300 Milliarden betragen, vermehrt werden; daß der jährliche Schuldendienst und damit der Jahreshaushalt auch in den nächsten Jahren mit einer toten Last schon im voraus belastet werden soll. Der Druck auf das Proletariat wird nicht auf ein Jahr, sondern auf eine Reihe von Jahren verteilt. Die Lebenshaltung des Proletariats wird jahrzehntelang auf ein Niveau herabgedrückt, das schlimmer ist als das von den Sklaven! Das Proletariat muß sich beizeiten gegen diesen Raubzug wehren, wenn es nicht in namenloses Elend und Grauen versinken will.

Drei becheidene Fragen und drei vorlaute Antworten darauf.

Warum heißt der ADBB 10 Forderungen auf, wenn er nichts für sie tun will?

Die becheidene Antwort ist: vielleicht tut er doch noch etwas. Die vorlaute Antwort aber lautet: Mensch, frag' nicht so dämlich!

Warum heißt die USPD 10 Forderungen auf, wenn sie nichts für sie tun will?

Die becheidene Antwort lautet: vielleicht wird sie doch noch etwas tun.

Die vorlaute Antwort lautet: Mensch, frag' nicht so dämlich! Sie wird doch nicht hinter dem ADBB zurückbleiben!

Warum machen die Kommunisten solchen Lärm um die Forderungen des ADBB und der USPD?

Die „becheidene“ Antwort lautet: Mensch, sei nicht so dämlich! Die wollen doch nur Krach machen.

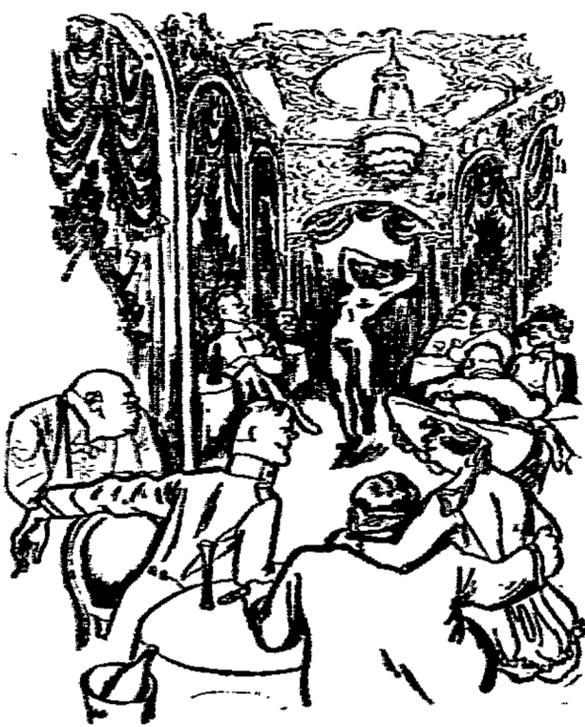
Die „vorlaute“ Antwort aber: weil die Kommunisten sich für die USPD-Arbeitern und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitsskollektiven schämen mühten, würden die nicht beareifen,

wer der Dämliche bleibt, wenn er becheiden sich mit den papierernen „Forderungen“ begnügt, die aeriffene Bürokraten aufschleift haben, um ihn becheiden und dämlich zu erhalten.

Gewerkschaftliches.

Nur der Arbeiter soll die Folgen tragen.

Durch Nachschau in den Östiger Braunkohlenwerken, Leipzig, gibt die Direktion bekannt, daß Arbeitsstreckung durch Einlegen von Freierichtern erfolgen müsse. Als Begründung wird — Abfahrmanoeil angeführt. Nach achtstägiger Bedenkzeit hat jeder zu erklären, ob er mit der Änderung einverstanden ist oder nicht, d. h., wenns nicht paßt, darf ist die Tür. Es erscheint einem wie blutiger Hohn, wo unter dem Druck der übernommenen Wiederumachungserfichten die gesamte bürgerliche Gesellschaftsordnung nach planmäßigem Wiederaufbau schreit, was für sie erneute Milliardengewinne bedeutet. Nur Arbeit kann uns retten, heißt's in diesen Zeiten, die den Patriotismus in Erbpaßt haben und nicht wissen, wie schnell sie ihr Geld nach Ausland verschicken sollen, um es der Bestenerung zu entziehen. Dem Arbeiter gegenüber heißt es jedoch „und bist du nicht müllig, dann brauch ich Gewalt“, und kein Mittel ist schädlich und gemein genug, um ihn um seine berechtigten Forderungen zu betrügen, um den „Herrn im Hause-Standpunkt“ wieder anzurichten.



Wie sah die Bourgeoisie aus.



Wie sah das Proletariat aus.

Über wie der sozialdemokratische Parteipräsident Richter die „Anarchie des Berliner Kohlebaus“ beäunnt.

Zum Kampf der englischen Bergarbeiter.

Verrat der Führer oder Generalkittel?

Das endgültige Resultat der Abstimmung der Bergarbeiter liegt jetzt vor: 435 614 stimmten für die Kampf, 180 724 für Abbruch des Kampfes. Nach dieser erhebenden Abstimmung hat die Exekutive der Bergarbeiter beschlossen, den Generalkittel vorzuschlagen. Eine Zusammenkunft der Exekutiven aller Arbeiterverbände, die vom Lohnabbau bedroht sind, sollte stattfinden. Wegen des Kongresses der englischen Arbeiterpartei kann diese Zusammenkunft erst am Ende dieser Woche tagen.

Die Bergarbeiter stehen fest. Alles, was über Abbruch des Streiks, über Wiederaufnahme der Arbeit in einzelnen Distrikten gesagt wird, ist Lüge. Nach wie vor halten die Bergarbeiter zusammen und sind zum Kampf bis zum Siege entschlossen.

Auch sonst hat sich die Lage des englischen Proletariats nicht verändert. „Auf dem Kongress der Arbeiterpartei wird nicht ein Arbeiter vertreten, der nicht angegriffen ist oder von einem Angriff bedroht ist“ sagt der „Daily Herald“. Geändert hat sich auch nicht die Tatsache, daß das englische Proletariat zum Kampfe entschlossen ist.

Trotzdem, trotz der für einen Generalkittel, für eine „nationale Aktion“ günstigen Situation hat der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Frank Hodges, auf dem Kongress der englischen Arbeiterpartei eine sehr pessimistische Rede gehalten. „Es sei möglich, daß die Bergarbeiter sich ins Unvermeidliche fügen müßten, daß es ihnen vielleicht nicht gelinge, wirtschaftlich zu siegen.“ Was bedeutet dieser Pessimismus? Soll damit angedeutet werden, daß die Exekutiven der englischen Gewerkschaften nicht gewillt sind, den offenen Kampf zu führen? Bedeutet das, daß die Gewerkschaftsführer lieber die Niederlage der englischen Arbeiterpartei wollen als die Behauptung des englischen Kapitalismus? Es geht nicht mehr mit Arbeitsgemeinschaft und mit der feigen Taktik der Amsterdamer. Es wäre schimpflicher und schändlicher Verrat, wenn die englische Gewerkschaftsbürokratie die günstige Gelegenheit zum Kampfe gegen die Entschlossenheit der englischen Kommunisten, alle Kriegsschancen auf das Proletariat abzumähen, das englische Proletariat in Vorentscheidung hinabzustößen, nicht wahrnehmen würden. Nach den Worten Frank Hodges muß man damit rechnen, daß auch das englische Proletariat nicht verschont bleibt von der Erfahrung, von seinen Führern verraten und verkauft zu werden. Aber die englische Arbeiterpartei — stark im Beharren — wird auch stark im Vorkampfschreiten zum revolutionären Kampfe über seine feigen und verräterischen Führer hinweg.

Die Lage in Amerika.

Unternehmeroffensive und Unternehmerfabotage.

Zum 2. Kongress der 2. Internationale.

Der amerikanische Delegierte der Vereinigten Staaten, George William Dudley Haywood, schreibt in der Kongresszeitung „Moskau“:

Die gegenwärtige Krise ist die Auswirkung einer gigantischen Wirtschaftskrise, die sich tatsächlich zu einem offenen Kriege gegen die Arbeiter auswächst und die den Zweck hat, die gegenwärtigen Löhne wieder auf die Vorkriegsbasis zu reduzieren. Der Auftakt dazu war die Schließung von Fabriken, Reduzierung der Eisenbahnindustrie, sowie Ausperrungen in der Bergbau- und Bauholzindustrie. Einige der genannten Betriebe sind seit fünf Jahren geschlossen geblieben.

Die Arbeitgeber haben angekündigt, daß falls die Arbeit wieder aufgenommen wird, die Löhne reduziert werden, und zwar um 22 Prozent in der Textilindustrie, um 37 Prozent in den Schneidereiwerken, d. h. der gesamten Fabrikation von Kleidern aller Art, und um 33 Prozent in der Bauholzindustrie. Die Eisenbahngesellschaften haben öffentlich bekanntgegeben, daß sich ihre Ertragsverhältnisse, die sich aus der Reduzierung der Löhne ergeben, auf 500 000 000 Dollar jährlich belaufen werden.

Eine ganz unbearbeitete Handelsweise, die in den Vereinigten Staaten gang und gäbe ist, und die wohl kaum von dem russischen Volke erfaßt werden kann, ist die böswillige und verächtliche Vernichtung von unerschlenen Mengen von Lebensmitteln durch die Konsumanten. Ich weiß, daß man sich vielleicht nicht versteht, wenn ich erwähne, daß Kommunisten heute ihre Vertreter in die ländlichen Distrikte senden, um z. B. große Karaffeln zu verkaufen, die sich über Stunden lang aufstauen aufzukönnen. d. h. nicht die Felder, sondern die noch auf den Feldern stehende Ernte, welche viele tausend Bushels beträgt und die niemals geerntet werden, sondern welche man einfach verfaulen läßt. Die Kapitalisten finden eben, daß es sich mit einer geringeren Anlieferungsmenge leichter umgehen läßt, und daß die Seltenheit eines Artikels außerdem seinen Preis in die Höhe treibt. Dieselben schmachvollen Praktiken wendet man im Ob-

stern von Washington an, wo man die Äpfel auf den Bäumen haufen, jedoch nie beabsichtigt, sie abzunehmen. Sondern sie einfach fallen und verfaulen läßt.

Ich habe hier nicht die Absicht, die Äpfel zu verbreiten, als ob die ganze Ernte auf diese Art und Weise vernichtet würde, sondern ich möchte zum Ausdruck bringen, daß nur ein begrenzter Teil derselben auf den Markt gelangt.

Ein anderes Beispiel ist das der Pelospflanzer im Staate Arkansas, welche die Vernichtung von fast zwei Drittel einer angekauften Reisenernte verursachten. Die Kaffeekaufleute, die dieselben in See liehen und die Ladung dann über Bord werfen. Die Zeitungen berichten von Zeit zu Zeit von Barken, die mit ganzen Ladungen von Orangen, Bananen und Melonen aus Wasser zu werfen. Alle diese Maßnahmen zur Verringerung der Lebensmittelmengen werden nur vorgenommen, damit mit der restierenden begrenzten Menge ein um so größerer Profit erzielt werden kann.

Hölz vor dem Moabiter Sondergericht.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung stellt der Verteidiger Dr. Broch den Antrag, den Kriminalinspektor Dr. Kopp, der als Sachverständiger sich darüber äußern soll, wie die belastenden Aussagen der Witwe Heß zu bewerten sind, ferner den Professor Hildebrandt und Dr. Arthur Schlegel, ferner zu laden, zur Beurteilung der Schwere des Verbrechens. Das Gericht behält sich den Beschluß vor. Der Zeuge Unterwiesingh, der von Hölz als Parlamentär benannt wurde, sagt aus: Er habe nicht gesehen, daß Hölz auf einen Metzgerstisch geschossen habe. Auch der Zeuge Wille bestätigt die Aussagen des Vorzeugen. Hölz stellt fest, daß dieser Zeuge sich am gestrigen Tage mit seinen Kameraden über die Aussage verständigt habe.

Hierauf beschließt das Gericht, den Antrag auf Ladung des Dr. Kopp über die Bewertung der Aussagen der Frau Heß abzulehnen. Hölz (unterbrechend): Weil sonst der ganze Schwindel aufgedeckt würde! Der Vorsitzende droht, ihn fesseln zu lassen, und nennt Hölz einen „Lümmel“.

Hölz (laut): Lassen Sie mich doch fesseln, Sie sind der Missethäter Sie sind der Nordbrenner! Mehrere Sipolente stürzen auf Hölz zu, um ihn abzuführen. Hölz (mit hoch erhobener Hand): Es lebe das revolutionäre Proletariat!

Justizrat Fränk: Das Verhalten des Angeklagten ist nur eine Folge des Verhaltens des Staatsanwaltes. Dann hört man die Rufe: Jetzt wird er mißhandelt! Die Verteidiger stürzen hinter dem schon abgeführten Hölz her. Die Sitzung wird vertagt.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung glaubt der Vorsitzende eine besondere Erklärung abgeben zu müssen: Wenn der Angeklagte weiter so die Würde des Gerichts verleihe, könne er endgültig abgeführt und ihm auch das letzte Wort entzogen werden.

Hölz: Ich habe schon am ersten Tage erklärt, daß ich das Gericht nicht anerkenne und daß ich mich hier nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger betrachte. Wenn das Gericht mir das Schlußwort verbietet und mich abführen läßt, so handelt es eben nach dem Grundgesetz: Macht geht vor Recht!

Hölz: Ein gewisser Ludwig Bergmann hat gegen mich eine Broschüre geschrieben, in der er behauptet, Rühle und Pfempfert hätten Gelder unterschlagen. Ich erkläre diesen Bergmann für einen gemeinen Verleumdung.

Hölz: Sie sind nicht dazu berechtigt, hier irgend jemand zu beleidigen.

Noch einmal teilt das Gericht mit, daß es nicht gewillt ist, in der Frage der Aussagen der Frau Heß endgültige Klarheit schaffen zu lassen. Die Klassenrichter brauchen den Schwindel der Morbanlage im Falle Heß, um Hölz unschuldig machen zu können. Nach der Mittagspause beginnt

das Plaidoyer des Staatsanwaltes:

Hier soll das Urteil über den Mann gesprochen werden, der an erster Stelle verantwortlich ist für den Aufruhr in Mitteldeutschland. Wir haben in Deutschland die freieste Verfassung, bei der Monarchist oder Kommunist für seine Uebel kämpfen kann. Der Angeklagte hat zugegeben, daß er die Diktatur des Proletariats errichten wolle. Daß seine Taten nicht ein Angriff auf die Bourgeoisie, sondern ein Notwehrkampf der Arbeiter seien, sei unwarhaft. Die Politik des Angeklagten müsse verdröckerisch genannt werden. Denn er habe Volkshetze geübt. Sein Verbrechen beweist, daß der Kommunismus ein Unfinn in sich sei!

Hölz sei der moralische (!) Mörder des Pastors Müller und des Matrosen Kühn. Die Mehrheit des deutschen Volkes sei gegen seine Ideen. Seine Taten seien gemeine Verbrechen. Hölz muß als Gemeinschädling in Deutschland deswegen mit lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust bestraft werden!

Der Staatsanwalt hegt natürlich auch keinen Zweifel, daß die letzten Aussagen der Frau Heß, trotz der nachgewiesenen Verleumdungen, der Wahrheit entsprechen. Im Falle Heß handele es sich um einen Mord. Er beantrage deshalb gegen

den Angeklagten wegen vorläufiger Totung und Mordes in Tateinheit mit Hochverrat Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Als erster Verteidiger sprach Rechtsanwalt Hege, 101. Seite:

Nicht aus Brutalität, wie der Staatsanwalt behauptete, auch nicht aus Zerkürungsstimmung, sondern aus revolutionärem Drang habe Hölz gehandelt. Im Falle Heß sei das Material derart bündig und widerspruchsvoll, daß Hölz meinetwegen des Hochverrats häme Zuchthaus nur bei ehroloser Gefassung in Betracht, das sei bei Hölz aber nicht der Fall. Er habe seine Stellung, seine Frau und sein Leben aufs Spiel gesetzt, um die revolutionäre Bewegung zu fördern.

Justizrat Broch führt aus: Formell ist Hölz auf der Anklagebank, in Wirklichkeit aber das deutsche Proletariat. Dieser Prozeß ist ein kleiner Teilausschnitt aus dem weltgeschichtlichen Kampfe zweier Klassen. Der Angeklagte müsse seiner Mannhaftigkeit willen bewundert werden, er sei kein Bandit, sondern ein Heerführer einer roten Armee. Sein Idealismus verdiene die Achtung seiner Feinde und Freunde. Er habe immer in der vordersten Reihe mitgekämpft. Es wird sich zeigen, ob es den Orpelsekuten gelingen wird, hier ein edles Bild zur Strecke zu bringen. Wenn Sie hier einen Mordanschlag begehen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn sich die Verhältnisse in Deutschland immer mehr aufhellen. Auch der dritte Verteidiger Justizrat Fränk wandte sich gegen die Morbanlage.

Wenn dieser Mann, der nicht um Gnade winselt, auch nur den geringsten Anteil an dieser Morbanlage haben würde, dann würde er es auch hier gesagt haben. Das zu sagen sei notwendig. Nicht um Hölz zu retten und zu verheerlichen, sondern um der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Dann erhielt der Angeklagte das Schlußwort.

Hölz: Hochansehnlicher, hochachtungsvoller Ausnahmegerichtshof!

Vors. (scharf unterbrechend): Hölz, wenn Sie uns hier beleidigen wollen, entziehe ich Ihnen sofort das Wort.

Hölz: Ob Sie mir das Wort zu Anfang, in der Mitte oder am Ende der Verhandlung entziehen, das ist doch Sade wie Hofe. Ich rede so lange, wie Sie mich reden lassen, und was ich will und was ich empfinde. Ich rede nicht, um mich zu verteidigen, denn dann müßte ich mich ja schuldig fühlen. Ich fühle mich aber nicht schuldig, am allerwenigsten vor einem bürgerlichen Gericht, das ich nicht anerkenne. Wenn ich in den Gerichtssaal vorgelassen wurde, dann trat immer ein Bild aus meiner Kindheit vor meine Seele. Ich habe als Kind in einem Puppentheater die Affäre Dreifuß gesehen. Und wenn ich Sie hier sehe, muß ich immer an die Holzpuppen des Marionettentheaters denken. (Heiterkeit im Zuhörerraum, die der Vorsitzende scharf rügt.)

Ich betrachte Sie eben als Holzpuppen ohne Gefühl. Zur Anklagerede des Staatsanwaltes will ich mich gar nicht äußern. Das war eine Leichenrede für die bürgerliche Klasse, von der er angefleht ist, und von der er sich sein Honorar holen mag. Sie verhandeln also hier gegen eine „menschliche Beise“. So klingt es aus der bürgerlichen Presse, aus der Rede des Staatsanwaltes. Nun aut, ich als sogenannter Anzeigekläger nehme mir das Recht, hier einige Worte zu meiner Persönlichkeit zu sagen. Ich will Ihnen diese Bestie mal lexieren, will Sie Ihnen so auseinanderlegen, daß Sie ein wirkliches Bild bekommen. Hölz entwirft dann ein Bild seiner Jugend und seiner Umgebung.

Der Vorsitzende unterbricht seine Ausführungen und entzieht Hölz das Wort.

Hölz: Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr könnt nicht den Geist!

Der Gerichtshof verkündete folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Hochverrats in Tateinheit mit Totschlag, verübtem Totschlag, Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz sowie zahlreicher übriger Straftaten zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Hölz: Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache, dann werden wir die Richter sein. Es lebe die Weltrevolution!

Achtung! Parteigenossen und Achtung! Sympathisierende! Achtung!

Die Chemnitzer Bauarbeiter, welche von dem Hauptvorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes ausgeschlossen wurden, sind gesperrt.

Abt Solidarität!

Sammelt auf jeder Baustelle und in allen Betrieben. Der Kampf der Bauarbeiter ist euer Kampf! Gelder sind abzuliefern an Bruno Graupner, Chemnitz, Hainstraße 2.

Die Reichsgewerkschaftszentrale.

Die bessere Braut.

Von Konrad Loele.

Da der Zwist kritisch zu werden drohte, hatte der in dieser Beziehung verlässliche Pfarrer vorgeschlagen, man soll sich doch erst einmal an einen wirklich Sachverständigen wenden. Das sei vorteilhaft; denn hinterher, wenn das Denkmal nicht gefiele, könne man dem die ganzen Formwürfe aufbündeln. Der Pfarrer hatte sich auch gleich erboten, mit einem Bildhauer, der schon verschiedene Kriegerdenkmäler angefertigt hatte, das Erforderliche zu besprechen. Die Bauern wollten sich aber durchaus nicht überzeugen lassen; sie hatten mächtig am großen Kundtsch der Wirtstube des Gasthofes geklärt. Wenn sie das Geld gäben, wollten sie auch bestimmen, wie das Denkmal aussehen und wo es aufgestellt werden sollte.

Zufälligerweise hatten während dieser Gemeinderatsitzung zwei junge Kerle an einem Nebentisch gesessen, anscheinend Städter, die mit großen Kuchfäden gekommen waren. Diese Küpel tranken verschiedene Getränke und der eine warf dem Wirt einen orökeren Geldschein zu, wobei er laut und schamlos rief: „Fort mit dem Kuch!“ Diese frivole Neugier hatte das Bauernkollegium für einen Augenblick zum Schweigen gebracht, und während es still war, sprach der zweite Kerl, der seinen Kuchfaden aufgelassen und schon die Hand an der Türklinke hatte, ohne seine Frechheit ansehts des Pfarrers zu mätkigen: „Ihr Kerle, was braucht ihr denn ein Kriegerdenkmal! Baut euch ein Bucherdenkmal! Laßt euch ein großes Stück Butter in Stein anschauen und einen Klumpen Käse darüber und meinethalb einen kleinen Bleisoldaten obendrauf. Nachher wär's richtig!“ Damit verließ er samt seinem Gefährten in aller Eile das Gastzimmer. Die Bauern bliesen ihnen aus ihren kurzen Tabakspfeifen schwere Dampf Wolken nach. Der Denkmalsvorschlager ließ sie kühl, aber die Verachtung des Geldes, die sich über eine Bursche hatte zu schinden kommen lassen, verächtlicher ihre ohnehin gereizte Stimmung. „Ja, hört nur!“ riefen sie erbittert. „Fort mit dem Kuch! Dazu

zahlen wir die hohen Löhne! Aber die Salunken werden noch froh sein, wenn sie trockenes Brot haben!“

Der Wirt hatte die Gelegenheit benützt, um eine gemüthliche Geschichte aus seiner Jugend zu erzählen. Als Arbeitshurche hatte er damals in einem Wirtshaus zur „Dachrinne“ seine Abende verbracht und sich für sechs Pfennige Bier und vier Pfennige Schnaps einen kleinen Schweden kaufen können. Außerdem hätte jedem Gast eine Rindertrompete zum freien Gebrauch zur Verfügung gestanden, was eine fröhliche Musik gegeben habe.

Aber die Bauern machten sich nichts aus dem Lob der guten alten Zeit; die neue Zeit war ihnen lieber, und so waren sie auf ihr Denkmal zurückgekommen. Da sie aber nicht ins Reine kommen konnten, beschloßen sie, erst einmal eine Hausammlung aufzustellen, um die notwendigen Mittel aufzubringen.

Wir haben uns jedoch schon fast zu lange verläuft und kehren nunmehr zu Andings zurück. Die Zeichnungsskizze war also ein Wink des Himmels. Auf diesem Stück Papier sollte das Opfer getragen werden, mit dem sich Frieda und mit ihr das ganze Andingische Haus von der Bosheit des Herrn der Finsternis erlösen wollte. Meta und Friedrich kamen mit der Liste an Friedas Bett, und Meta verlas die gezeichneten Beträge. Der Pfarrer, dem man den Vortritt ohne Reid gelassen hatte, stand mit fünfzig Mark weitaus an der Spitze, der Lehrer hatte zwanzig Mark gezeichnet, der Schulze zehn Mark, die übrigen Bauern zumeist fünf Mark. Nur die Familien, die ein Kriegsoffer zu betrauern hatten, waren etwas höher gegangen, ohne aber die Zeichnungssumme des Lehrers zu erreichen. Andings hatten keine Kriegsoffer zu betrauern, beim normalen Stand der Dinge waren also fünf Mark reichlich genug gewesen. Meta aber schrieb fünf Mark für Friedrich, fünf Mark für sich und zwanzig Mark für Frieda in die Liste, also dreißig Mark im ganzen! Dreißig Mark für den Teufel, und sie wunderten sich selbst über eine solche Verschwendung. Der Gang für die Großmutter hatte dreißig Mark gekostet, aber dafür hatte man doch etwas gesehen. Dem Kriegerdenkmal würde man es nicht an-

sehen, welche Ecke von diesen dreißig weggeschickten Mark bezahlt worden wäre.

Nach dieser Leistung fühlte sich Frieda so erfrischt, daß sie ohne größere Schmerzen eine Weile ausruht im Bett zu sitzen vermochte. Gleich darauf kam aber ein besonders heftiger Anfall, so daß sie sich wimmernd im Bett wälzte. Die Anfälle wiederholten sich, und es wurde klar, daß die böse Macht immer noch nicht in die Flucht geschlagen war. Sollte etwa das Opfer noch nicht groß genug gewesen sein? Das war kaum anzunehmen; wahrscheinlich blieb die Wirkung aus, weil es bis jetzt nur auf dem Papiere stand. Frieda hörte nicht auf zu fragen, wann denn nun der Denkmalsbau begonnen würde, und ihr Vater beeilte sich, die dreißig Mark zum Schulzen zu bringen. Er erfuhr bei dem aber nur, daß die Verhandlungen noch nicht weiter gediehen wären. Der Pfarrer war allerdings bei dem Bildhauer gewesen; es sei aber auch noch ein Steinmeißler da, der sicher billiger arbeiten würde. Man würde sich aber wahrscheinlich doch für den Bildhauer entscheiden.

Beim nächsten Gang in die Stadt traf Friedrich einen Bauern seiner Freundschaft aus dem Oberdorf, dem die Denkmalsangelegenheit auch zu langsam ging. Sie schimpften zusammen über die Bummelerei und es kam ihnen der Einfall, den Bildhauer aufzufuchen. Sie begaben sich in das Atelier dieses Mannes und redeten dort im Namen ihrer Gemeinden, so daß der Bildhauer glauben mußte, eine ernsthaftige Kommission vor sich zu haben. Er nannte ihnen also die Gemeinden, für die er bereits gearbeitet hatte, fragte, ob sie sich nach seinen Bedingungen erkundigt hätten und ob er ihnen ein Modell machen solle. Und die zwei Bauern sagten zu alldem Ja. Sie dachten nämlich, es handle sich um so etwas wie eine bemusterte Offerte, es kam ihnen trotz ihrer bäuerlichen Pöflichkeit durchaus nicht in den Sinn, daß sie eine Verbindlichkeit eingegangen sein könnten, und sie schwiegen auch im Dorf von ihrem Gang, um hinterher um so mehr für ihre Vorsorglichkeit gelobt zu werden. (Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten

Der Zusammenbruch des Sondergerichts

Zwei Opfer hat das Sondergericht geschluckt; unsere beiden verantwortlichen Redakteure Neubert und Bedier. Mit Empörung kündete man an, daß als nächster Termin verhandelt wird wegen dem Eisenbahnkassenraub und dem Mord an der Laubentstraße. Aber alle diese Beschuldigungen, mit denen man der kommunistischen Bewegung in Breslau und in Schlesiens einen tödlichen Stoß versetzen wollte, sind elend zusammengebrochen. Alle Beschuldigungen, die auf die Auslagen fragwürdiger Epistel aufgebaut waren, trugen von vornherein den Stempel der Lüge an der Stirn.

Nun hat sich das Sondergericht entschließen müssen, die Haupttäter, die Genossen Schuster, Paris und Reinhard Oruschwitz zu entlassen. Monatlang hat man sie mit all den anderen in der roten Bastille festgehalten. Man wollte mit Gewalt einen großen Kommunisten-Prozess konstruieren. Aber alle Bemühungen des Herrn Log und seiner Trabanten, die mit Feuereifer Holz zu dem Scheiterhaufen herantrugen, war vergebens.

Ein Genosse nach dem anderen muß freigelassen werden. Wir verlangen aber die sofortige Freilassung aller Genossen, die sich noch in Haft befinden. Auch gegen sie liegt so wenig wie gegen die anderen vor.

Woraus mit den politischen Gefangenen!

Die „Lagerspott“ und die Arbeitslosen

Im ganzen Deutschen Reich haben die Arbeitslosen demonstriert. Sie haben — wie schon so oft — ihr Elend, ihre Not öffentlich zur Schau getragen, um das Proletariat zu zwingen, um besonders den noch in Arbeit stehenden Proletariern zu zeigen, daß die Frage der Arbeitslosen eine Frage aller Arbeiter ist; daß das Problem nur gelöst werden kann durch alle Arbeitenden gemeinsam.

Die Arbeitslosen können nicht durch Verweigerung ihrer Arbeitskraft die bürgerliche Gesellschaft zur Anerkennung ihrer Forderungen zwingen. Die Arbeitslosen können aber, getrieben von der ungeheuren Not, als Lohnkämpfer gegenüber ihren Kollegen in Arbeit auftreten.

Der A.G.S., die Organisation, die 10 Millionen Arbeiter in ihren Verbänden zusammengefaßt hat, geschrieben von den Arbeitslosen, die geführt von der D.A.P.D., immer wieder an die Gewerkschaften appellierten, 10 Forderungen aufgestellt, die Not der Arbeitslosen zu lindern. Trotzdem die 10 Forderungen das mindeste sind, was die Gewerkschaften fordern können, hat der A.G.S. bis heute noch nicht ernsthaft etwas getan, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Bundesvertreter sind ohne Vorbehalt in die Wiedergutmachungsregierung eingetreten. Sie haben sich, ebenso wie ihre Freunde von der S.P.D. und U.S.P.D., damit einverstanden erklärt, daß der Dringlichkeitsantrag, den sie vor Monaten einbrachten, in irgend einem Ausmaß verdrängt, ohne bisher wieder aus Tageslicht zu kommen.

In der gesamten bürgerlichen und menschenwürdigen Presse werden die um ihr nacktes Leben, was schon gar kein Leben mehr ist, kämpfenden Arbeitslosen beschimpft, weil sie die Grenzen des bürgerlichen Wohlstandes überschreiten. Als ob man von einem Menschen, der nicht weiß, was er morgen essen, was er anziehen soll, verlangen kann, daß er sich überlegt, was er übermäßig ist!

Unanständig, gemein, brutal ist es, wenn tausende, Millionen Menschen in einem sogenannten von Ruhe und Ordnung getragenen Lande elend verhungern müssen. Verfaul und stinkend ist die Moral einer Gesellschaft, die es zuläßt, daß ein kleines Heer nobler Fußgänger ein luxuriöses Dasein führt, sich kleidet in Samt und Seide, sich täglich neulich und vollknaus, sich guten Kost und über die Prostitution, die durch die Arbeitslosigkeit gesteigert wird, schmeißt, während Proletarier, die arbeiten wollen, nicht wissen, wie sie sich und ihre Kinder durchbringen sollen.

Die „Schlesische Tagespost“, das Organ der Krant- und Schieberzone, die in ihren unerfindlichen Sachen nicht genug Liebesgaben aus den Taschen der Steuerzahler herausziehen können, bringt die sensationelle Nachricht, daß die Entente die Höhe der Erwerbslosenunterstützung beanstandet.

Als gutes „deutsches“ Blatt verachtet sie sich natürlich diese Ermüdung in die innerdeutschen Angelegenheiten. Dabei ist ihr aber dieser Vorstoß ganz angenehm. Sie stellt mit Entzügen fest, daß für das Jahr 1921 12 Milliarden für Erwerbslosenfürsorge festgesetzt sind. Sie verlangen, daß die Erwerbslosen zur Verbesserung von Ostländerinnen herangezogen werden. Sie glauben feststellen zu können, daß die Unterstützung „in vielen Fällen weiter nichts ist, als eine Prämie auf die Faulheit“.

Gemeiner und niederträchtiger geht's wirklich nicht. Diese ogarische Kampfbahn, die durch ihre unerfindliche Geldgier die Preise in die Höhe treibt, die durch Sabotage der Produktion dazu beigetragen hat, das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern, beschimpft die Menschen, die gewiß lieber, zehnmal lieber, arbeiten würden, die die Bettelstange, die sie bekommen, zu benützen, um sich langsam zu Tode zu hungern.

Die Arbeiterklasse muß mit allen Mitteln gegen die Geldgier kämpfen. Sie muß die Forderungen, die in ihrem Wohlfühlen das Elend der Menschen mit Tode befeuchten, ausrotten mit Dampf und Stahl. Kein Erbarmen darf sie haben mit diesen Parasiten der Gesellschaft.

Sipo und Bonzen gegen die Arbeitslosen

Die Überall im Reich, waren auch die Breslauer Erwerbslosen dem Rufe des Reichsausschusses gefolgt und hatten zum 28. Juni eine sehr gutbesuchte Versammlung nach dem Schießwälder einberufen. Die Referentin nahm Stellung zu den zehn Forderungen des A. G. S., weiter zur Gewährung einer Sonderbeihilfe.

Nachdem sich die Gewerkschaften, getrieben von der ziellosen Arbeit der Kommunisten, endlich bereit fanden, die zehn Forderungen anzunehmen, haben sie doch alles unterlassen, die Forderungen in die Tat umzusetzen. Nicht einmal bei dem Wiedertritt ihrer Vertreter in die Wiedergutmachungsregierung, haben sie irgendwelche Forderungen zur Verminderung des Arbeitslosentums, gestellt.

Die Arbeitslosen müssen durch bewußtes Zusammenarbeiten mit den Kollegen in den Betrieben und mit den auch durch ihre Kraft revolutionierten Gewerkschaften, den Kampf weiterführen. Ein Kapital ist: Es ist die Gewährung einer Sonderbeihilfe.

Die sozialdemokratische Antihausaktion hat es bisher abgelehnt, irgend etwas zu tun. Einen Dringlichkeitsantrag unserer Genossen Oruschwitz, den er vor einigen Monaten gestellt hatte,

haben sie trotz Unterstützung verweigert. Der Referent führte an, wie in den letzten sechs Monaten in vielen Großstädten nicht nur die Unterstützung nach Ostklasse A ausbezahlt wird, sondern wie z. B. Köln, Düsseldorf usw. drei, ja viermal eine Sonderbeihilfe von 200-400 M. an alle Erwerbslose ausgezahlt haben. Das ist bezeichnend für die Tätigkeit der SPD. im Stadtparlament, wie sie ihre Aufgabe, den Arbeitern zu helfen, auflassen.

In der Versammlung wurde beschlossen, nach dem Gewerkschaftshaus zu demonstrieren. Die Gewerkschaftsböden hatten aber zu große Angst vor den Arbeitslosen. Ein großes Sipo-Aufgebot hielt dieses Haus der Arbeiter besetzt. Es war erst nach langen Verhandlungen möglich, eine Deputation zu den Herren Bonzen zu bringen.

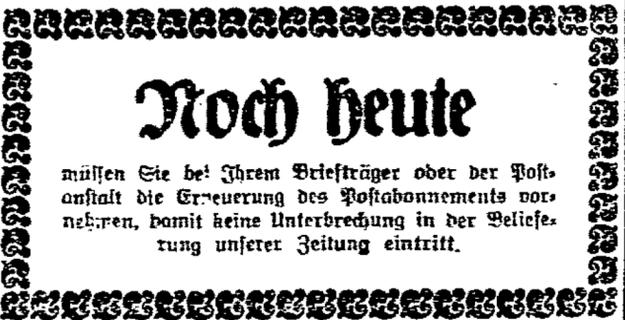
Diese erklärten, keine bindende Erklärung abgeben zu können. Sie wollten ihr möglichstes tun, um den Erwerbslosen zu helfen. Diese Herren sind gelehrige Schüler der bürgerlichen Bürokraten. Versprechen und Halten sind zweierlei.

Sozialdemokraten für den Ausschluß der Kommunisten aus dem Reichstag

Die „Volkswacht“ macht sich gegen die Kommunisten in den Parlamenten. Auf Grund der Vorgänge im Reichstag, die die Kommunisten veranlaßten, mit den schärfsten Mitteln gegen die Proklatur von der Deutschnationalen Volkspartei vorzugehen, hatten sie eine Einigung der Geschäftsordnung für angebracht.

Das instinktive Gefühl der Abwehr gegen den Abgeordneten Mittelmann, der den Kommunistenmord verherrlicht, ist bald wieder nüchternen Realpolitik gewichen. Sie schimpfen über die Kommunisten, die die Würde des Hauses, die das demokratische Parlament mit ihrer Obstruktion am politischen Arbeit hindere. Eine große Einheitsfront hat sich gebildet, von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen. Die „Volkswacht“ schlägt vor, daß die Abgeordneten, die sich gegen die parlamentarischen Gepflogenheiten verhalten, auf längere Zeit nicht in das Reichstagsgebäude hineindürfen. Sollten sie es dennoch versuchen, dann könnte sie wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt sofort verhaftet werden. Außerdem empfiehlt dieses Replikienblatt der Regierung, den renitenten Abgeordneten, den Entzug der Diäten und der Freifahrkarte.

Da auch nach der Meinung der „Volkswacht“ nur Kommunisten renitent sind, werden diese Selben ihrer Meinung nach mit Leichtigkeit die Kommunisten aus dem Reichstag los. Die Einheitsfront der Arbeitervertreter kann dann zum Preise des deutschen Volkes ungehindert Gesetze und neue Steuerentwürfe, Unterdrückungsmaßnahmen gegen das arbeitende Volk durchzuführen, ohne von den Kommunisten gestört zu werden.



Noch heute

müssen Sie bei Ihrem Briefträger oder der Postanstalt die Erneuerung des Postabonnements vornehmen, damit keine Unterbrechung in der Belieferung unserer Zeitung eintritt.



Aus der Provinz

Waldenburg.

Die Waldenburger Bergarbeiter ziehen die Verbandsbürokraten zur Rechenschaft.

Am Sonntag, den 19. Juni, fanden im Waldenburger Bezirk mehrere Zahlstellerversammlungen des Bergarbeiter-Verbandes statt, die sich mit der Oligener Generalversammlung beschäftigen sollten. Die Verbandsbürokraten wollten, daß in den Versammlungen zuerst über die General-Versammlung gesprochen werden sollte und die Aussprache über den Streik verschoben würde. Die Bergarbeiter haben aber den Irrtum durchschaut, und haben es durchgesetzt, daß zuerst über den Streik gesprochen wurde. In einer der größten Zahlstellen des Reviers, in Gottesberg, wurde dann auch nach langer Aussprache eine Resolution angenommen, die für den Vorstand nicht besonders schmeichelhaft ist. Sie hat folgenden Wortlaut:

„In dem Kampfe, den die Waldenburger Bergarbeiter geführt haben, hat der Vorstand, sowie die Bezirksleitung des Bergarbeiter-Verbandes voll und ganz versagt. Das ist die einmütige Ueberzeugung der heutigen Zahlstellerversammlung. Schon während des Streiks hat der Vorstand und die Bezirksleitung es verhindert, daß die Bergarbeiter der übrigen Kohlengebiete zur Unterstützung aufgefordert wurden. Ohne deren Eingreifen war der Kampf von vornherein aussichtslos. Das war dem Vorstand und der Bezirksleitung bekannt. Der Abbruch des Streiks hat klar bewiesen, daß die Vertreter des Vorstandes und der Bezirksleitung, nur auf die Gelegenheit warteten, den Streik so schnell wie möglich abzuwürgen. Die Versammlung spricht daher dem Vorstand und der Bezirksleitung das größte Mißtrauen aus. Sie verlangt weiter die sofortige Einberufung einer Bezirkskonferenz, die dazu Stellung nimmt und eine Bezirksleitung wählt, die das Vertrauen der Kameraden besitzt.“

Für über 600 anwesenden Mitgliedern wurde diese Resolution mit allen gegen 7 Stimmen angenommen.

Städt.

Streik im Bergwerke.

Nachdem die rechtssozialistische Zeitung des hiesigen Bauarbeiterverbandes verfaßt hat, den Kampf um die zehn Forderungen eingeleiteten Lohnforderungen zu sabotieren, verlor die Mitglieder schließlich doch die Geduld, es länger halten ihrer Führer. In einer Versammlung am 17. Juni wurde regelrecht abgestimmt mit vielen Arbeitgemeinschaften. Rell Hein (S.P.D.) ist dieser Vertreter die Rolle vom Schicksal. Er sagte unter anderem aus, daß die Pöbeln und Genossen durch ihre Arbeitsgemeinschaft gezwungen sind, den Kampf zu brechen und weil wir Kommunisten diese Gefahr schon längst sahen, und unsere Opposition danach eintraten, wurde mit den niederträchtigen und gemeinsten Mitteln unser Finanzwesen betrieben. Rell Hein erzielte den vollen Beifall der fast ausschließlich aus rechtssozialistischen Kollegen zusammengesetzten Versammlung. Auch der Bezirksleiter Köppler-Verband hatte alles versucht,

damit, wie er schrieb, „ja keine Dummdellen gemacht werden.“ Aber die Erbitterung der braven SPD-Mitglieder war zu groß. Und als Rell. Hein noch auf die Kollegen im Mitteldeutschland hinwies, und die ganze Lauff der Pöbeln und Gen. bloßstellte, war es vorbei mit der Bremerei. Nachdem noch sieben Kollegen für den Streik und nur der Vorstand dagegen gesprochen hatte, wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, sofort am 18. Juni, früh, in den Streik zu treten. Das ist auch geschehen. Es kommen mehr als 1000 Kollegen in Betracht.

Bauerbeiter! Gewerkschafter! In diesem Beispiel ist Euch recht ihr wieder mal die Ernte ausgehen, die Eure arbeitgemeinschaftlichen Führer gesät haben. Trete ich ihnen entgegen, wo sich Euch Gelegenheit bietet. Herunter mit der Maske! Ihr seht an diesem Beispiel, daß selbst die eigenen Parteigenossen dieser Leute, sobald ihnen das wahre Gesicht derselben gezeigt wird, sich von ihnen abwenden.

Notenbach.

Redefreiheit der Sozialdemokraten.

Die MSP. berief für vorigen Sonntag hier eine öffentliche Volksversammlung ein. Es sprach die Landtagsabgeordnete Frau Dr. Wenzschiden über die politische Lage. Die Palate, die zu dieser Versammlung einluden, kündigten auch freie Aussprache an und auch der Versammlungsleiter, der die Versammlung eröffnete, betonte es ganz besonders. Wenn aber jemand geglaubt hatte, daß hier Wort gehalten würde, der hat eine Enttäuschung erlebt. Denn die Ausführungen, die die Referentin machte, hatten so wenig mit der politischen Lage zu tun, wie sie mit der Arbeiterfrau, als die sie sich aufzuspielen versuchte. Nur darin mag sie recht haben, als sie sagte, daß die sozialdemokratische Partei bald nur wie ein Veilchen im Verborgenen blühen wird, wenn die Arbeiterfrauen sich nicht bald um sie kümmern werden. Bei den Männern haben die Herrschaften schon abgezwirtschaftet, nun versuchen sie ihr Glück bei den Frauen. Recht interessant gestaltete sich aber die freie Aussprache. Kaum hatte unser Genosse, Landtagsabgeordneter Sobotta, der zufällig in Notenbach weilte, und die Versammlung besucht hat, eine Viertelstunde gesprochen, bemächtigte sich des Versammlungsleiters eine Unruhe, und er machte unsern Genossen aufmerksam, sich doch kurz zu fassen, damit die Referentin noch ihr Schlusswort sprechen könnte, obwohl es erst 11½ Uhr vormittags war. Also noch lange keine Polizeistunde. Aber das wird es wohl auch nicht gewesen sein, was den Herrn so beunruhigte, sondern viel mehr das aufmerksame Lauschen der Versammlung, den Ausführungen unsern Genossen gegenüber. Doch die Unruhe des Versammlungsleiters übertrug sich bald auch auf den Konjunkturreisenden Herrn Zmann, der auf seinem Stuhl hin und herrückte, als unser Genosse sprach, wahrscheinlich um einen Grund zu finden, um unsern Genossen das Wort zu entziehen. Da auf einmal war es geschehen! Das Wort „Krieg“ hatte unser Genosse ausgesprochen, und wie von einer Mutter gestochen, sprang Zmann auf und schrie in den Saal hinein: „Nun fängt er auch noch vom Kriege an zu sprechen, ich verlange, daß ihm das Wort entzogen wird!“ Im Saal große Unruhe, der Versammlungsleiter läßt abstimmen. Zehn Hände von Getreuen erheben sich; das Wort ist entzogen! Die Versammlung verläßt den Saal. Die Schlusswortrednerin ruft, sie sollen noch bleiben, da es doch ganz richtig ist, daß dem Kommunisten das Wort entzogen wird. Sie hätte auch in sieben kommunistischen Versammlungen kein Wort erhalten. Es half nichts, sie muß ihr Schlusswort vor leeren Stühlen sprechen. Das war Redefreiheit der MSP.!

Verantw. Redakteur: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag: Soz.-Verlag, e. G. m. B., Breslau. Druck: Felix Wolff, GmbH., Berlin S. 14.

<p>Operettenöhne Tel. N: 2345 Heute und täglich 7½ Uhr: Die Postmeisterin. Sonntag nachm 3½ Uhr: Drei o' Schacht In</p>	<p>Liebig-Theater Täglich 7½ Uhr: Der große Erfolg des Juni-Programms Zeltgarten Täglich 7½ Uhr: Einziges Sommerparitce in Breslau.</p>
---	---

Lebensmittel-Großhandlung

Max Schönfelder

BRESLAU, Albrechtsstrasse 56.

Beste bringe ich wieder frisch aus dem Rauch zum Verkauf:
Extra dicken Delikatess-Speck, per Pfd. 12.— Mk.

Ferner:

- pr. amerik. Schmalz, per Pfd. 10.— Mk.
- Margarine, frisch eingetroffen, Qualitätsware, per Pfd. 7.50, 8.50, 9.50 und 11.50 Mk.
- Erstauslich billig ein Posten Kernseife
- Oberschmalz**, per 1 Pfd.-Steg nur 5.— Mk.
- Röstikaffee**, das Pfd. zu 20.—, 24.—, 26.—, 28.— und 32.— Mk.
- Reichards Kakao Marke „Turnier“**, solange Vorrat, per Pfd. 16.— Mk.
- Reichards Kakao, Marke „Trutz“**, p. Pfd. 14.— Mk.
- Reichards Schokolade, Marke „Marschall“**, per 100 gr-Tafel 5.20 Mk.
- Gekochtes knochenloses Ochsenfleisch**, die 6 Pfd.-Dose, solange Vorrat, 32.— Mk.
- Der nächste Posten dürfte schon wieder teurer sein.
- Brucanadela**, allerbeste Ware, per Pfd. 5.— Mk.
- Reis**, per Pfd. 2.20, 2.50, 2.80, 3.30 und 4.50 Mk.
- a. z. m. zu den billigsten Tagespreisen.

Verkauf und Versand nur Albrechtsstraße 56.